



Am 26. Mai DIE LINKE wählen!

**Karlsruhe.
sozial. ökologisch.
solidarisch.**



Kommunalwahlprogramm 2019

www.dielinke-ka.de | facebook.com/dielinkekarlsruhe



Unsere Kandidat*innen auf den Listenplätzen 1 bis 6. Von links nach rechts: Anna Jahn, Sebastian Becker, Karin Binder, Lukas Bimmerle, Mathilde Göttel und Malte Hoheisel.

Präambel: Veränderung beginnt jetzt!

Karlsruhe. Sozial, ökologisch und solidarisch!

Liebe Karlsruher*innen,

ein anderes Karlsruhe ist möglich. Ein Karlsruhe, das allen die gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe sichert: bezahlbaren Wohnraum, ausreichend gute und sichere Arbeitsplätze, geringere Verkehrsbelastung und eine intakte Umwelt, gute Schulen und Kindertageseinrichtungen, ein funktionierendes Gesundheitssystem, bezahlbare Kultur- und Sportangebote, ein gut ausgebautes Nahverkehrssystem mit günstigen Fahrpreisen. Ein Karlsruhe, in dem niemand in Armut leben muss und in die soziale Isolation gedrängt wird. Ein Karlsruhe, in dem niemand Rassismus, Sexismus oder andere Menschenfeindlichkeit erleiden muss. Ein Karlsruhe, in dem Platz für alle Menschen ist.

Wir stehen an der Seite von Gewerkschaften, antifaschistischen und antirassistischen Gruppen, Verkehrs-, Umwelt-, Erwerbslosen- und Friedensinitiativen. An der Seite der Ehrenamtlichen in den Sport- und Bürgervereinen, in den Sozialverbänden oder in der Flüchtlingsarbeit. An der Seite all derjenigen, die sich für ein soziales und ökologisches Karlsruhe engagieren. DIE LINKE verbindet die Arbeit im Gemeinderat mit diesem Engagement in außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik im Parlament machen, sondern mit ihnen gemeinsam etwas bewegen. Linke Gemeinderatspolitik heißt einzutreten für soziale Interessen, für nachhaltige Entwicklung und demokratische Teilhabe für alle. Unser Ziel ist eine solidarische Gestaltung des Gemeinwesens.

DIE LINKE ist ein Angebot an alle, die für eine andere Gesellschaft stehen. Gemeinsam können wir diese Welt verändern. Davon sind wir überzeugt. DIE LINKE steht für Selbstbestimmung und Widerstand gegen das vermeintlich alternativlose „Weiter so!“. Wir wollen all denen eine Stimme geben, die nicht wahrgenommen und übergangen werden. Wir wollen sie ermutigen gemeinsam mit uns gegen die herrschenden Zustände zu streiten – gegen Armut, gegen soziale Ausgrenzung, gegen Klimawandel oder Rassismus. Gemeinsam werden wir Veränderungen in dieser Stadt erreichen. Unsere Vision ist ein soziales, ökologisches und solidarisches Karlsruhe. Dafür treten wir bei den Kommunalwahlen 2019 an und würden uns freuen, wenn Sie ihr am 26. Mai 2019 DIE LINKE wählen.

Inhaltsverzeichnis

Karlsruhe. Sozial, ökologisch und solidarisch	2
I. Armut bekämpfen - soziale Gerechtigkeit beginnt vor Ort	4
II. Gute Arbeit fördern. Ein soziales Wirtschaften durchsetzen	5
III. Bezahlbare Miete statt fatter Rendite	9
IV. Bildung ist ein Menschenrecht	10
V. Klima retten, Umwelt schützen - sozial und ökologisch	15
VI. Mobilität für alle - sozial-ökologische Verkehrswende vorantreiben	16
VII. Gesundheit ist keine Ware - Pflegenotstand stoppen	20
VIII. Vorteile der Digitalisierung nutzen - für alle	21
IX. Für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft	24
X. Antifaschismus muss praktisch werden - kein Platz für Rassismus	25
XI. Karlsruhe antimilitaristisch - Frieden beginnt vor Ort	26
XII. Karlsruhe - sozial gerecht für alle	26
XIII. Für einen linken Feminismus	28
XIV. Queer - Gleichberechtigung für alle Lebensweisen	29
XV. Kultur schaffen und erleben	29
XVI. Demokratie in Karlsruhe	33
XVII. Legalize it - Für eine rationale Drogenpolitik	36
XVIII. Tiere sind keine Ware	36

DIE LINKE KV Karlsruhe

Schützenstraße46, 76137 Karlsruhe

info@dielinke-ka.de | 0721 / 35 48 93 42

www.dielinke-ka.de | fb.com/dielinkekarlsruhe

V.i.S.d.P.: R.Bürgel

I. Armut bekämpfen soziale Gerechtigkeit beginnt vor Ort.

Auch im vermeintlich wohlhabenden Karlsruhe sind viele Menschen von Armut betroffen oder bedroht. Die Gründe sind vielfältig: Sie sind erwerbslos, in Grundsicherung, alleinerziehend, bekommen zu niedrige Löhne oder Renten, sind lediglich befristet angestellt oder arbeiten in Leiharbeit. Viele Kinder wachsen in Armut auf, Älteren reicht die Rente vorne und hinten nicht. Diese Armut wird verursacht durch die neoliberale Politik aller anderen Parteien auf der Bundesebene. Sie wird weiter verschärft durch die unsoziale Regierungspolitik von Grün-Schwarz in Baden-Württemberg. Diesen Kurs verfolgen die Parteien auch im Karlsruher Gemeinderat. Außer der LINKEN haben alle Parteien im Großen und Ganzen den Kürzungen im Karlsruher Doppelhaushalt zugestimmt, die besonders im sozialen Bereich verheerende Auswirkungen für die Betroffenen haben. Wir als LINKE werden auch in Zukunft Widerstand gegen eine Politik auf dem Rücken der Ärmsten in dieser Gesellschaft leisten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen ihre Handlungsspielräume nutzen und soziale Verbesserungen durchsetzen. Wir treten ein für eine soziale Offensive in Karlsruhe.

Deshalb fordern wir, dass

- alle vorgenommenen Kürzungen im Rahmen des vermeintlichen Haushaltsstabilisierungsprozesses zurückgenommen werden.
- Schluss ist mit den Sanktionen für Empfänger*innen von Transferleistungen. Die entwürdigende Sanktionspraxis der Jobcenter soll durch ein Sanktionsmoratorium – sprich eine sofortige Aussetzung aller Hartz-IV-Sanktionen - gestoppt werden. Wir als LINKE fordern den Gemeinderat dazu auf, sich dafür auf allen politischen Ebenen einzusetzen.
- perspektivlose und armutsfördernde 1-€-Jobs abgeschafft werden. Stattdessen sind ausnahmslos sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte Stellen zu schaffen, die aufstockende Hartz-IV-Leistungen überflüssig machen.
- ein neues Konzept zur Feststellung von „Kosten der Unterkunft“ entwickelt wird, das dem echten Bedarf und den tatsächlichen Preisen auf dem Mietmarkt entspricht. Wohnen muss auch für Hartz-IV-Betroffene in allen Teilen der Stadt möglich sein und nicht nur in Wohnungen unter den üblichen Standards oder in schlechter Lage. Die Repressionen gegen Men-

schen im Hartz-IV-Bezug mit Hilfe von willkürlich festgelegten Mietobergrenzen sind unverzüglich einzustellen.

- eine Ombudsstelle für Beschwerden von Transferleistungsbezieher*innen eingerichtet wird.
- beitragsfreie KITA-Plätze für jedes Kind, insbesondere für Familien mit geringem Einkommen, geschaffen werden.
- in Karlsruhe die Leistungen des Karlsruher Passes und des Karlsruher Kinderpasses ausgebaut werden und die Anzahl der Leistungsberechtigten ausgeweitet wird. Alle Kürzungen müssen hierbei zurückgenommen werden.
- sämtliche schulischen Angebote und Leistungen inklusive Anreise und Verpflegung kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt insbesondere für Kinder von Familien im Hartz-IV-Bezug und in anderen prekären Lebens- und Beschäftigungsverhältnissen.
- Stromsperren und weitere Einschränkungen anderer Dienstleistungen von öffentlichen Unternehmen aufgrund finanzieller Probleme ein Ende finden.
- Kaffeestuben und Volksküchen für Bedürftige in allen Stadtteilen eingerichtet werden.
- die Anzahl der Obdachlosen seitens der Stadt erhoben wird und die Entwicklung einer Gegenstrategie z. B. durch „Housing First“-Programme als eine Alternative zum herkömmlichen System der Notunterkünfte. Dabei bekommen Obdachlose ohne Bedingungen und Qualifizierungsmaßnahmen eine Wohnung gestellt.
- unabhängige und für die Betroffenen kostenlose Sozial- und Schuldnerberatungen stärker öffentlich finanziert werden.
- Hilfe in dringenden Fällen durch das Jobcenter sowie eine telefonische Erreichbarkeit der zuständigen Mitarbeiter*innen gewährleistet ist
- mehr qualifiziertes und unbefristet eingestelltes Personal in den Jobcentern eingesetzt wird, um die Betreuungsquote pro Sachbearbeiter*in deutlich zu verringern.
- Hartz-IV-Beratungsstellen und lokale Selbsthilfegruppen finanziell unterstützt werden.
- der Gemeinderat eine deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel für Streetworker*innen und aufsuchender Sozialarbeit beschließt.

II. Gute Arbeit fördern. Ein soziales Wirtschaften durchsetzen.

Karlsruhe als gute Arbeitgeberin.

Die Stadt Karlsruhe hat mit ihren tausenden Beschäftigten sowie als wichtige Auftraggeberin im regionalen Wirtschaftskreislauf einen enormen Einfluss auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und die Gestaltung von Löhnen. Sie muss daher einen größeren Beitrag leisten, um Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne zurückzudrängen. Die Stadt, ihre Eigenbetriebe und Beteiligungen müssen die allgemein geltenden Tarifverträge strikt einhalten. Überall dort, wo die Tarifbindung nicht existiert, muss diese (wieder) hergestellt werden. Leiharbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse sowie geringfügige Beschäftigungen lehnen wir ab, Werkverträge sind auf ein sachlich begründetes Mindestmaß zurückzuführen. Durch die Bündelung von Fördermitteln von EU, Bund und Ländern mit kommunalen Fördermitteln ist der öffentliche Beschäftigungssektor wieder stärker auszubauen.

Wir als LINKE treten dafür ein, dass

■ Karlsruhe als Arbeitgeberin zum Beispiel für „Gute Arbeit“ wird: Wir wollen 15 € Mindestvergütung für kommunale Beschäftigte durch eine Anpassung der unteren TVÖD-Stufen, eine Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie keine Anwendung von schlechteren Branchentarifen bei städtischen Unternehmen. Wir sind gegen den Einsatz von Leiharbeiter*innen in den Eigenbetrieben und Beteiligungen. Wir stehen für sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze.

■ kein weiterer Stellenabbau bei der Stadt durchgeführt wird und fordern die Aufhebung aller Besetzungssperren. Die Stadtverwaltung ist das Rückgrat einer funktionierenden Stadt. Wir wollen eine vorausschauende Personalplanung und Personalentwicklung fördern sowie die Arbeitsbedingungen verbessern.

■ bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verbindliche Richtlinien mit tariflichen, sozialen und ökologischen Standards eingeführt und eingehalten werden. (siehe Abschnitt „Soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft fördern“)

■ sich die Stadt und die kommunalen Unternehmen bei der Ausbildung und Gleichstellung der Geschlechter stärker engagieren und aktive Frauenförderung betreiben.

■ Ausbildungsplätze von der Stadt und öffentlichen Betrieben über den eigenen Bedarf hinaus angeboten werden - gerade auch für Jugendliche, die auf dem ersten Arbeitsmarkt nur schwer einen Ausbildungsplatz finden. Die Aus-

bildung soll notfalls mit entsprechenden Verlängerungen abgeschlossen werden können. Dies gilt auch für die Ausbildung von jungen Geflüchteten, für die zusätzliche Ausbildungsstellen geschaffen werden sollen.

■ ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor für zusätzliche Tätigkeiten (ÖBS) entwickelt wird, in dem im Rahmen von sozialversicherter Beschäftigung gesellschaftlich sinnvolle gemeinnützige Arbeit im Sozial-, Bildungs- und Umweltbereich angeboten wird. Für die Vollzeit - auf Wunsch auch Teilzeittätigkeit - wird eine Mindestvergütung von 15 Euro pro Stunde gezahlt.

■ Inklusion in der städtischen Verwaltung zusammen mit dem Personalrat und den Beschäftigten entwickelt und ausgebaut wird.

■ für regionale Unternehmen, die soziale und ökologische Mindeststandards vorbildlich umsetzen, eine Auszeichnung eingeführt wird. Das soll bei Ausschreibungen berücksichtigt werden.

■ ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren eingeführt wird, um Diskriminierung zu vermeiden und Chancengleichheit für alle Bewerber*innen zu gewährleisten.

■ die Vertragsbedingungen und Bezahlung von Selbstständigen, die im Auftrag der Stadt z. B. bei der VHS tätig sind, verbessert werden.

■ die Stadt ihre Verantwortung als Trägerin des Jobcenters stärker wahrnimmt, insbesondere durch mehr Transparenz, die Berufung von Stadträt*innen in die Trägerversammlung und einen öffentlichen Rechenschaftsbericht.

■ Kooperationen mit öffentlichen Unternehmen der Region auch über die Landesgrenze hinaus ausgebaut werden.

■ freie Träger für Erwachsenenbildung und Beschäftigungsförderung durch eine stärkere und längerfristige finanzielle Förderung eine dauerhafte Perspektive erhalten. Die Beschäftigten müssen sozialversichert und tariflich abgesichert werden.

■ die Ausstattung und Entwicklung von Beratungs- und Hilfsangeboten (Schulden-, Familien-, Drogen-, psychologische Beratung, Beratung für Flüchtlinge usw.) bedarfsgerecht finanziert wird.

■ die Stadt Karlsruhe eine Studie in Auftrag gibt, die sich mit der Zukunft der Arbeit in Karlsruhe befasst. Dabei müssen Fragen zur Verkürzung der Arbeitszeit, wie der 30-Stunden-Woche, Mitbestimmungsrechte, Aus- und Weiterbildung und der Geschlechtergerechtigkeit behandelt werden.

Öffentliche Daseinsvorsorge stärken.

Kosten und Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen wollen wir so verändern, dass sie allen Menschen unabhängig von ihrem Einkommen zugutekommen. Dazu gehören Energie- und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung, Wohnungswirtschaft, öffentlicher Verkehr, Erziehung, Bildung, Kultur, Sport und Erholung, Gesundheit und Telekommunikation - hier soll sich die Stadt wirtschaftlich betätigen. Die Versorgungssicherheit hat dabei Vorrang vor Gewinn- und Wettbewerbsüberlegungen. Wir wollen diese Bereiche dauerhaft der Markt- und Profitlogik entziehen. Stattdessen muss das Gemeinwohlinteresse im Mittelpunkt stehen.

DIE LINKE will ein anderes kommunales Wirtschaften durchsetzen:

■ Privatisierungen jeglicher Art lehnen wir ab. Dazu gehören auch verdeckte Privatisierungen durch Ausgliederung in andere Rechtsformen. Sie dienen nur dem Entzug demokratischer Kontrolle und der Unterordnung unter dem Profitstreben. Stattdessen wollen wir die oben genannten Bereiche rekommunalisieren und unter die Kontrolle der Bürger*innen stellen.

■ Eine sozialverträgliche Preisgestaltung der öffentlichen Unternehmen ohne Profitmaximierungsabsicht und ohne den Bürger*innen zusätzliche Belastung zur Sanierung des städtischen Haushaltes aufzubürden.

■ Die Strukturen öffentlicher Unternehmen sollen demokratisiert werden z. B. durch die Einführung von Bürger*innenbeiräten, die auch Vertreter*innen in den Aufsichtsräten stellen.

■ Ausschreibungen sollen an soziale und ökologische Mindeststandards geknüpft werden. Diese müssen konsequent eingefordert und durchgesetzt werden. (siehe Abschnitt „Soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft fördern“)

■ Die Stadt darf Aufträge nur an Firmen vergeben, die diese weder mit Leiharbeiter*innen noch mit Personal mit Werkverträgen erfüllen. Dazu wollen wir eine enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Betriebsräten.

■ Wir wollen ressourcenschonende öffentliche Unternehmen, die durch Minimierung von Rohstoff- und Energieeinsatz sowie der verstärkten Verwendung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien diese Ziele verfolgen.

■ Das Ladensterben in vielen Stadtteilen wollen wir beenden. Überall muss die Versorgung mit den Mitteln des täglichen Bedarfs sichergestellt sein. Wir wollen alternative Konzepte mit den Bürger*innen diskutieren, z. B. über von Bürger*innen geführte, genossenschaftliche Läden.

■ Die Sicherung und Schaffung zukunftsfähiger Arbeits- und Ausbildungsplätze in den öffentlichen Unternehmen.

■ Die Stärkung der städtischen Unternehmen als Innovationsträger im sozialen, technischen und wirtschaftlichen Bereich.

■ Die adäquate Berücksichtigung von Schüler*innen sowohl mit Abitur, Real-, und Hauptschulabschluss und Abgänger*innen von Lernförder-schulen bei der Ausbildung in der Stadtverwaltung, den städtischen Eigenbetrieben und den Beteiligungsunternehmen der Stadt Karlsruhe.

■ Eine Verpflichtung der Sparkasse Karlsruhe, keine Kreditverträge und damit Kundenbeziehungen u.a. an andere Kreditinstitute bzw. Finanzdienstleister zu verkaufen.

Eine soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft fördern.

Wir als LINKE wollen den Wirtschaftsstandort Karlsruhe stärken. Dabei verfolgen wir aber einen anderen Ansatz als die anderen Parteien: Für uns ist primäre Aufgabe einer städtischen Wirtschaftspolitik, dass sie die Lebensbedingungen der Karlsruher Bürger*innen verbessert und nicht die Profite einzelner Unternehmen maximiert. Wir wollen eine Wirtschaftsförderung betreiben, die an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtet ist, damit auch die Karlsruher Bürger*innen davon profitieren.

Wir setzen uns ein für

■ die ausschließliche Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Unternehmen, die bestimmte soziale und ökologische Kriterien erfüllen. Wir wollen verbindliche Standards festlegen und bisherige Richtlinien schärfen und stärker gewichten. Wir wollen hierzu den vollen rechtlichen Spielraum ausnutzen und Zuschlagskriterien mit bis zu maximal zwei Dritteln der Bewertungspunkte in die Vergabeentscheidung einfließen lassen. Gleichzeitig sollen alle Möglichkeiten ausgelotet werden, dass Aufträge der Stadt an lokale Unternehmen gehen, um den hiesigen Wirtschaftskreislauf zu fördern.

■ die Vorlage der Vergabe-Kriterien im zuständigen Ausschuss im Gemeinderat vor der Ausschreibung des Auftrags zur Beratung und zur Beschlussfassung.

■ eine kommunale Nahverkehrsabgabe sowie die Erhöhung der Gewerbesteuer. Diese wollen wir auch nutzen, um die städtische Infrastruktur zu stärken, die Grundlage für den unternehmerischen Erfolg ist.

- den Fokus auf Nachhaltigkeit bei wirtschaftlicher Förderung. Wir wollen regionale und ökologische Wirtschaftskreisläufe. Deshalb fordern wir eine verstärkte finanzielle Förderung von Initiativen wie Reparaturwerkstätten in den Stadtteilen und Sharing-Angebote. Wir wollen weg vom Konsumzwang.
- die Verankerung von Gemeinwohlbilanzen nach dem Modell der Gemeinwohl-Ökonomie in öffentlichen und privaten Unternehmen und wollen ermöglichen, dass diese ein Kriterium bei der Ausschreibung von städtischen Aufträgen werden. Im ersten Schritt sollen die städtischen Eigenbetriebe eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen.
- die Schaffung eines Netzes von Gemeinwohlabilanzierten Unternehmen, Genossenschaften und anderer sozialer Unternehmen und wollen mit ihnen und den Gewerkschaften einen Dialog über alternative Ansätze der Wirtschaftsförderung diskutieren.
- die Überprüfung der Ansiedlung von großen Unternehmen und Ketten und ihre Auswirkung auf die lokale Wirtschaft. Unternehmen wie IKEA sind eine Ursache dafür, dass viele kleinere Unternehmen nicht am Markt überleben. Wir lehnen solche Ansiedlungen konsequent ab.
- den Stopp von Ansiedlungen von großen Unternehmen, die nachweislich dem Allgemeinwohl schaden, z. B. durch Steuerhinterziehung, Ausbeutung der Mitarbeiter, Beteiligung an Klimazerstörung sowie Verwicklung in Menschenrechtsverletzungen. Dazu muss ein Kriterienkatalog klare Regeln aufstellen, welche Unternehmen wir nicht in Karlsruhe wollen.
- den Widerstand gegen den Verdrängungswettbewerb im Einzelhandel zugunsten großer Filialisten. Zusammen mit dem lokalen Einzelhandel wollen wir eine Gegenstrategie entwickeln und lehnen die Ansiedlung von mehr großen Einkaufszentren ab.
- die Stärkung des lokalen Einzelhandels gegen den konzerngesteuerten Onlinehandel. Dieser bedroht den lokalen Einzelhandel und führt zu Arbeitslosigkeit von Selbstständigen und Mitarbeitern sowie zur Abnahme der Vielfalt von Einkaufsmöglichkeiten in der Stadt und mittelfristig zu sinkenden Gewerbesteuerereinnahmen.
- die Einrichtung eines Digitalisierungsfonds im Bereich der Wirtschaftsförderung, um speziell kleinere Unternehmen zu unterstützen.
- gezielte Integration von Erwerbslosen auf dem ersten Arbeitsmarkt in Zusammenarbeit mit Erwerbsloseninitiativen, Jobcenter, Unternehmen und Kammern. Dazu sind im engen Austausch sinnvolle Konzepte zu entwickeln.

- eine Fortbildungsoffensive gemeinsam mit Unternehmen und Gewerkschaften, um Mitarbeiter*innen weiter zu qualifizieren.
- eine verbesserte Ausstattung der städtischen Behörden, um Förderanträge und Anfragen von Unternehmen an die Stadt schneller bearbeiten zu können. Wir wollen die Einführung des Lotsenprinzips, bei dem ein Ansprechpartner in der Verwaltung für alle Anliegen eines Unternehmens zuständig ist.
- einen Ausbau der Existenzgründungsförderung. Neben Wagniskapital aus öffentlicher Hand (z. B. in revolving Fonds) benötigen Existenzgründer*innen vor allem fachliche und betriebswirtschaftliche Qualifikationen, Kontakte und eine dem Unternehmenszweck entsprechende Infrastruktur, die wir durch einen Ausbau der Beratungsstellen erreichen wollen.
- die Einrichtung eines Innovationsfonds, der Zukunftstechnologien fördert und damit das Allgemeinwohl verbessert. (siehe Digitalisierung)
- kostengünstige Gewerbeflächen für Start-Ups und andere kleine Unternehmen, die von der Stadt zur Verfügung gestellt werden sollen. Hierfür muss die Stadt aktiv Räumlichkeiten zurückkaufen und damit eine aktive Wirtschaftspolitik durchsetzen, z. B. in der östlichen Kaiserstraße und im Bereich Kronenplatz im Umfeld des KITs. Dies schließt auch mit ein, dass eine zu Fuß erreichbare Versorgung mit Mitteln des täglichen Bedarfs für jede*n Bürger*in gewährleistet ist.
- die Verknüpfung der finanziellen Förderung von Unternehmen, ob bestehende oder Start-Ups, mit den Mitarbeiter*innenrechten. Wir wollen gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze nach Tarifvertrag und keine Firmen, die prekäre Jobs anbieten, gewerkschaftliche Organisation oder die Wahl von Betriebsräten verhindern. Unternehmen wie United Internet mit einer aktiven Politik der Verhinderung von Betriebsräten können kein Partner der Stadt sein. Wir wollen dies in politischen Leitlinien der Stadt festschreiben.
- die Kreditvergabe und Bereitstellung von Kapital an den einheimischen Mittelstand. Dies muss durch die Geschäftspraxis der Sparkasse bzw. durch Mitwirkung im Kreditausschuss ergebnisorientiert gesteuert werden.
- ein Einwirken der Stadt bei den Sparkassen, damit Menschen mit geringem Einkommen keine Kontoführungsgebühren zahlen.
- nichtkommerzielle Alternativen zu AirBnB und anderen Plattform-Unternehmen.
- eine prioritäre Unterstützung von Unternehmen mit Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, die dem Allgemeinwohl dienen.

■ die sofortige Abwicklung von öffentlichen Aufträgen durch die Verwaltung, damit kleinere Unternehmen nicht in Existenznot geraten.

■ eine zielgenaue Wirtschaftspolitik auf Basis umfassender Indikatoren anstatt einseitiger Wachstums- und Rationalisierungslogik des städtischen Bruttoinlandsproduktes.

■ die Stärkung der Stadt Karlsruhe als Tourismusstandort.

Karlsruhe muss in die Zukunft investieren.

Die Kommunalhaushalte in Deutschland sind chronisch unterfinanziert: Während die Kommunen immer mehr Aufgaben übernehmen müssen, ziehen sich Bund und Länder aus der Verantwortung und der Finanzierung zurück. Dies ist das Resultat des Wirkens von CDU, SPD, Grünen und FDP in den vergangenen Jahren in den Bundes- und Landesregierungen. Gleichzeitig nimmt die beschlossene Schuldenbremse den Kommunen die Möglichkeit in ihre Zukunft zu investieren. Gekürzt wird bei der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ohne Verbesserung der kommunalen Ausfinanzierung wird die Schuldenbremse zum Desaster für die Kommunen.

Ein großer Teil der Haushaltskürzungen ist Folge einer Reihe Fehlentscheidungen des Gemeinderats. Dazu gehören bspw. die U-Strab und ihre Kostenexplosion auf über 1 Mrd. Euro. Diese Prestigeprojekte haben wir von Anfang an kritisiert. Dafür war im Gemeinderat genug Geld da. Trotz aller Warnungen wurden die erwartbaren Kostenexplosionen ignoriert und dies vor allem von den Parteien, die sich stets ihrer herausragenden Wirtschaftskompetenz rühmen. Gleichzeitig fehlt es immer am Geld, wenn es um mehr Sozialwohnungen oder mehr Kitaplätze geht. Dabei könnten auch im Karlsruher Haushalt zusätzliche Einnahmen erzielt werden. Bereits jetzt verfügt Karlsruhe über genügend Haushaltsüberschüsse, die für soziale Zwecke ausgegeben werden können. Wir als LINKE wollen die unsoziale Kürzungspolitik der ganz großen Koalition aus CDU, SPD, Grüne, FDP, AfD und den anderen Parteien beenden.

Deshalb wollen wir als DIE LINKE

■ die positive Einnahmenentwicklung der Stadt, die Investitionsspielräume im Haushalt ermöglicht, konsequent nutzen, um eine sozialere Stadtgestaltung zu ermöglichen.

■ keine weiteren Kürzungen der städtischen Leistungen und die Zurücknahme der Sparbeschlüsse im sozialen Bereich. Diese haben zur Verschärfung der sozialen Situation in Karlsruhe beigetragen. Sie sind unverantwortlich.

■ den Gewerbesteuer-Hebesatz um dreißig Prozentpunkte auf 460 Punkte erhöhen. Diese Erhöhung ist aufgrund erhöhter Investitionen in die städtische Infrastruktur und damit einhergehender Kostenverpflichtungen nötig.

■ die Vergnügungssteuer von derzeitigen 22 % auf 25 % erhöhen und zugleich die Berechnungsgrundlage ändern: Nicht mehr das Einspielergebnis, sondern der Spieleinsatz wird als Berechnungsgröße herangezogen.

■ die Begrenzung von Managergehältern und Boni in stadtnahen Gesellschaften.

■ keine öffentlich-privaten Partnerschaften in Karlsruhe.

■ die Einführung Hotel-Bettensteuer in Karlsruhe in Höhe von 5 % des Übernachtungspreises. Wir orientieren uns dabei an Freiburg.

■ die Erhöhung der Parkpreise für städtische Parkierungseinrichtungen.

■ eine Initiative der Stadt Karlsruhe zur Einführung einer kommunalen Nahverkehrsabgabe für Unternehmen durch die Landesregierung. So soll das Angebot des ÖPNV preisgünstiger und durch bessere Anbindungen gestärkt werden.

■ die Einführung einer kommunalen Leerstandsabgabe bei Nichtvermietung.

■ eine Initiative zur Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftsteuer auf Bundesebene. Als originäre Kommunalsteuer verbessert das die Einnahmeseite der Kommunen. Dafür müssen die Bemessungsgrundlagen erweitert und freie Berufe, wie vom Deutschen Städte- und Gemeindebund gefordert, mit einbezogen werden.

■ keine weitere Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Gemeinderät*innen, solange die Stadt weiterhin Kürzungen im Sozialbereich vornimmt bzw. die Sparbeschlüsse nicht korrigiert.

■ sinnvolle Investitionen in die städtische Infrastruktur statt Prestigeobjekte ohne verhältnismäßigen Mehrwert.

■ eine Initiative der Stadt, dass es auf Bundes- und Landesebene zur stärkeren Besteuerung von Gewinnen, sowie von Vermögen und Erbschaften kommt.

■ dass die drastische Unterfinanzierung der Kommunen gestoppt wird. Wir werden dafür Druck auf die Bundes- und Landesregierung ausüben zur Abschaffung der Schuldenbremse.

■ dass die Regionalpolitik umsteuert: Wir wollen die marktkonforme Kommunal- und Regionalpolitik beenden, die die Kommunen untereinander in Konkurrenz setzt.

■ zur Lösung der Wohn- und Verkehrsprobleme eine Zusammenarbeit von Stadt, umliegenden Gemeinden und Kreisen sowie Landes- und Bundesebene, um in größeren Planungsverbänden definierte Standards der Daseinsvorsorge in allen Kommunen zu gewährleisten. Die wirtschaftlichen Investitionsströme wollen wir beeinflussen und ggf. umlenken. Für die sog. Boomregionen wollen wir in breiter gesellschaftlicher Debatte über eine Wachstumsbremse diskutieren.

Letztlich muss die Hoheit über den Karlsruher Haushalt weiter zum/zur Bürger*in verlagert

werden. DIE LINKE Karlsruhe setzt sich deswegen für die Schaffung eines Bürgerhaushaltes ein. Das bedeutet nicht weniger, als dass wir die Bürger*innen Karlsruhes bei der Verteilung der Finanzmittel beteiligen möchten.

Demokratie ist, wenn es etwas zu entscheiden gibt. Die Gestaltung des Haushaltes ist das Kernstück kommunaler Politik. Deshalb sollen die Bürger*innen nicht nur darüber entscheiden, in welchen Bereichen gekürzt wird, sondern vor allem, wo und wofür die kommunalen Gelder eingesetzt werden.

III. Bezahlbare Miete statt fatter Rendite.

DIE LINKE will den jahrelangen Stillstand in der Wohnungspolitik Karlsruhes beenden. Jahrelang sind der Bau und der Erhalt von bezahlbarem und sozial gebundenem Wohnraum fast völlig eingestellt und stattdessen Eigentumsbildung gefördert worden. Die städtische Gesellschaft Volkswohnung befriedigte vorrangig den Bedarf an gehobenen Wohneinheiten und vernachlässigte dabei den sozialen Wohnungsbau. Die bebaubaren Flächen wurden in der Regel an meistbietende Investoren verkauft.

Bis 2030 fehlen 20.000 Wohnungen in Karlsruhe. Es fehlen nicht nur bezahlbare Wohnungen, sondern auch die dafür notwendigen Flächen. Vor allem öffentliche Flächen, auf denen die Stadt bestimmen kann, welche Art von Wohnungen gebaut werden, sind kaum noch vorhanden. Wir brauchen einen Politikwechsel, denn Wohnen darf kein Luxus sein, sondern ist ein Menschenrecht. Eine soziale Wohnungspolitik muss gemeinwohlorientiert sein, wie es Genossenschaften und Wohnprojekte praktizieren. Nur so haben die Bewohner*innen die Sicherheit, dass sie nicht aus Profitinteressen aus der Wohnung gekündigt werden. Wohnen und Mieten dürfen nicht dem „freien Markt“ zu Renditezwecken überlassen werden. Wir wollen eine Stadt, in der alle die Möglichkeit haben zu wohnen und am sozialen und kulturellen Leben teilhaben können. Das können wir nur erreichen, wenn die Spekulation und weitere Privatisierung von Grund und Boden verhindert wird.

Wir LINKE treten ein für

■ den Bau von mindestens 1.500 bezahlbaren Wohnungen pro Jahr bis 2030.

■ eine deutliche Erhöhung der städtischen Investitionen in den sozialen Wohnungsbau. Bei Neubau von Mietshäusern wollen wir eine Sozialbindung von mindestens 50 % der Neubauwohnungen mit langjähriger Mietpreisbindung durchsetzen.

■ eine Verlängerung der Mietpreisbindung der derzeitigen sozialen Bestandswohnungen, damit nicht immer mehr Wohnungen rausfallen.

■ die Bevorzugung von Non-Profit-Projekten, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsgesellschaften sowie Projekten des Miethäusersyndikats bei der Planung und Vergabe von bebaubaren Arealen. Dies trifft aktuell auf das Bebauungsgebiet am alten Flughafen in der Nordstadt zu.

■ die Schaffung einer städtischen Projektstelle für sozial- und umweltverträgliches Bauen, um Wohninitiativen zu beraten und zu unterstützen.

■ ein starkes Engagement der Volkswohnung beim Erwerb von Gebäuden. So kann in den ehemaligen innerstädtischen Sanierungsgebieten - bspw. in der Oststadt - mit einem aktiven Quartiersmanagement gegen den sozialen Verdrängungsprozess durch sprunghafte Mietsteigerungen vorgegangen werden.

■ den Einsatz der Gewinne der Volkswohnung in den sozialen Wohnungsbau. Die Gewinnausschüttung in den Stadthaushalt gehört abschafft.

■ die Koppelung der Vergabe von Fördermitteln in neuen Sanierungsgebieten mit der Auflage, dass die Mieten nicht erhöht werden dürfen. Aktuell trifft das auf die Innenstadt-Ost zu. So wollen wir hier den möglichen Verdrängungseffekt durch Mieterhöhungen unterbinden und die soziale Struktur erhalten.

■ ein Ende der Förderung von Luxussanierung aus öffentlichen Mitteln. Alle Maßnahmen der Kommunen bei Sanierungen müssen auf ihre Auswirkungen auf Menschen mit geringem Einkommen überprüft werden. Gentrifizierungsprozesse müssen gestoppt werden. Wir werden uns beim Deutschen Städtetag für die Abschaffung der Modernisierungumlage einsetzen.

■ die Vergabe von Grund und Boden aus öffentlicher Hand ausschließlich in Erbpacht. Damit bleibt Karlsruhe weiterhin Eigentümerin der Flächen und schiebt der Bodenspekulation einen Riegel vor. Das wird die Kosten für das Bauen vergünstigen.

■ die Stärkung Karlsruhes als Akteurin bei der Bewirtschaftung von Grund, Boden und Immobilien. Wir wollen die Rückholung von Grundstücken in kommunales Eigentum. Für den Zugriff auf die Grundstücke sind entsprechende Vorkaufsrechte in der kommunalen Satzung zu verankern. Karlsruhe muss aktiv Grund und Immobilien zurückkaufen und Vorkaufsrechte konsequent nutzen. Dafür soll der Haushalt jährlich um 10 Millionen Euro aufgestockt werden.

■ die Behebung des Leerstands von Wohnungen. Es darf nicht sein, dass mit Wohnraum spekuliert wird. Wir wollen in Karlsruhe ein Leerstandkataster einführen sowie die konsequente Anwendung des Zweckentfremdungsgesetzes.

■ eine Aufstockung des Personals bei der Stadt, um der Zweckentfremdung von Wohnungen oder anderer Verstöße wie z. B. gegen die Mietpreisbremse besser entgegen wirken zu können. Karlsruhe braucht eine stärkere Kontrolle des privaten Wohnungsmarkts.

■ einen kostenlosen Zugang zum Karlsruher Mietspiegel, um die Rechte der Mieter*innen zu stärken u. a. durch Auslage in Rathäusern und Bürgerbüros.

■ einen Ausbau der Programme zur Verhinderung von Obdachlosigkeit. Wohnen ist ein Menschenrecht. Kein Mensch darf wegen finanzieller Schwierigkeiten obdachlos werden.

■ verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit. Das herkömmliche System der Notunterkünfte muss langfristig durch dauerhafte Lösungen ersetzt werden. Die Unterkünfte müssen umgebaut werden in Wohnungen, die auch zur Familienunterbringung geeignet sind. Gegenstrategien zur Obdachlosigkeit wie „Housing First“-Programme mit sozialpädagogischer Begleitung sollen entwickelt werden. Bei Neubauten ist ein Belegungskontingent für Wohnungslose zu berücksichtigen.

■ die verpflichtende finanzielle Beteiligung privater Investoren an der Karlsruher Infrastruktur.

■ eine Belegung und Aufwertung der Stadtteile durch gezielte Ansiedlung von Unternehmen des täglichen Bedarfs.

■ die Ausweisung von kommunalen Flächen für die Entwicklung alternativer Wohnformen.

IV. Bildung ist ein Menschenrecht.

Einen gebührenfreien und guten Kitaplatz für jedes Kind.

Ein wichtiger Bestandteil der bestmöglichen Bildung für Kinder sind die Kindertagesstätten. Als LINKE wollen wir nicht nur die Qualität der Kitas durch bessere Personalschlüssel und Arbeitsbedingungen erhöhen, sondern wollen für jedes Kind einen gebührenfreien Kitaplatz in Karlsruhe. Hier kostet derzeit ein Krippenplatz für das erste Kind in städtischen Einrichtungen bis zu 4.200 € im Jahr (349 € monatlich), ein Kitaplatz 2.930 € (244 €). In unseren Augen ist dies ein Skandal! Für uns als LINKE steht fest: Der Besuch einer Kindertagesstätte darf nicht abhängig sein vom Geldbeutel der Eltern, deshalb ist die Gebührenfreiheit der Kitas und Krippen eines der wichtigsten Ziele der LINKEN für die nächste Legislaturperiode des Karlsruher Gemeinderates.

DIE LINKE setzt sich ein für

■ die Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für jedes Kind bis zur Einschulung und auf einen Hortplatz während des Grundschulbesuches.

■ gebührenfreie Kitas für alle Kinder. Dies schließt eine gesunde und gebührenfreie Verpflegung mit ein. Dafür wollen wir mit 10 Mio. € mehr investieren, um eine Gebührenfreiheit für alle Kinder zu erreichen.

■ die Gewährleistung des Wunsch- und Wahlrechtes der Eltern bei der Kitaplatzsuche, vor allem im Hinblick auf verschiedene pädagogische Konzepte und eine wohn- oder arbeitsortnahe Versorgung.

■ die Schaffung einer bedarfsdeckenden Anzahl von Teilzeit- und Ganztages-KITA-, Krippen- und Hortplätze. Dies bedeutet für Karlsruhe die Schaffung von weiteren 2.500 Betreuungsplätzen. Dafür wollen wir im ersten Schritt 5 Mio. € mehr ausgeben.

■ den Ausbau der kommunalen Kindertagesstätten statt Übertragung an private Betreiber. Die Kindertageseinrichtungen sollen in öffentlicher Hand betrieben werden und der Anteil von kommunalen Angeboten der Kindertagesbetreuung sukzessive erhöht wird.

■ flexible, längere Betreuungs- und Öffnungszeiten, die sich an den Bedürfnissen von Müttern und Vätern orientieren.

■ eine bessere Bezahlung von Erzieher*innen und eine Aufstockung des Personalschlüssels, um auch hier die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Hierzu zählt auch eine Anrechnung von Vor- und Nachbereitungszeiten für alle Erzieher*innen.

■ eine Erhöhung der kommunalen Ausbildungsquoten für den Beruf des/der Erzieher*in.

■ eine weitere Verringerung der Gruppengrößen in Krippen und Kindertagesstätten. Wir wollen erreichen, dass Karlsruhe den besten Personalschlüssel in Baden-Württemberg für Kitas weiter ausbaut und diesen auch für Krippen erreicht. Dies bedeutet, dass in Krippen eine Fachkraft für maximal zwei Kinder und in Kindertagesstätten für maximal fünf Kinder zuständig sein soll.

■ eine räumliche Ausstattung, die an die Bedürfnisse der Kinder und des Fachpersonals angepasst ist.

■ die Anpassung der Gruppengröße und des Personalschlüssels an die besonderen Gegebenheiten in integrativen Gruppen.

■ die Erweiterung von Kita-Sozialarbeit als präventives Angebot.

■ die Stärkung von sozialpädagogischen Beratungsangeboten für Eltern- und Familienarbeit an Kindertagesstätten insbesondere in sozialen Brennpunkten.

■ die Bereitstellung eines kommunalen Vertretungspools von Erzieher*innen bei Engpässen in einzelnen Kitas.

■ eine kommunale Einstellungspolitik, die die Qualifikation der Erzieher*Innen anhebt. Weiter wollen wir einen professionellen Mix aus Erzieher*innen, Logopäd*innen, Heil- und Sozialpädagog*innen und anderen Fachkräften.

■ die Schaffung weiterer inklusiver Kindertageseinrichtungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention.

■ die Unterstützung und weitere Familienzentren zur Kooperation zwischen den Kitas, zwischen Kitas und Schulen sowie Sportvereinen.

■ die Ausweitung von Bemühungen, geflüchtete Kinder durch niedrigschwellige Einstiegsangebote und Sensibilisierung der Eltern stärker in die Kitabetreuung zu integrieren.

Eine gemeinsame und gute Schule für alle.

Das Bildungssystem in Deutschland verschärft die soziale Ungleichheit zunehmend, statt ihr entgegenzuwirken. Wer aus einem nichtakademischen Haushalt kommt oder aus einer Familie mit Migrationshintergrund stammt, wird in diesem Bildungssystem systematisch benachteiligt. Wir als LINKE wollen eine Trendwende in der Bildungspolitik schaffen.

Bildung soll nicht von Herkunft und Geldbeutel abhängig sein, sondern wir wollen gute Bildung für alle ermöglichen. Wir werden uns gegen marode Schulen, zu wenig Personal und soziale Benachteiligung einsetzen. Wir sind für ein inklusives Bildungssystem, in dem Menschen individuell gefördert werden. Dies setzt genügend Personal voraus. Dazu gehört, dass wir die frühe Aufteilung der Schüler*innen in unterschiedliche Schulformen ablehnen, denn ein längeres gemeinsames Lernen fördert benachteiligte Kinder besser. Wir als LINKE wollen ein solidarisches und gemeinsames Lernen statt Konkurrenz und Notendruck auch in Karlsruhe im Rahmen der begrenzten Handlungsmöglichkeiten der Kommune erreichen. Die Gebührenfreiheit ist für uns als LINKE ein Kernanliegen.

Die LINKE setzt sich im Schulwesen ein für

■ ein gebührenfreies Fahrticket für Schüler*innen für das gesamte Netz von KVV und AVG.

■ eine entgeltfreie Betreuung von 16 bis 17.30 Uhr. Aktuell kostet diese 30 € im Monat.

■ eine entgeltfreie Ferienbetreuung von 7.30 bis 17.30 Uhr. Derzeit endet diese um 16 Uhr und kostet 75 Euro pro Ferienwoche.

■ kostenfreie, gesunde und nachhaltige Verpflegung der Schüler*innen. Aktuell kostet ein Mittagessen 3,50 € und damit ca. 70 € im Monat.

■ Lernmittelfreiheit für alle Schüler*innen. Zusätzlich aufkommende Kosten für Lernmittel sollen insbesondere bei Familien mit geringem Einkommen von der Stadt übernommen werden.

Um optimale Lernbedingungen zu schaffen, fordert DIE LINKE

■ den Ausbau des kommunalen Schulnetzes, um die wohnortnahe Beschulung in allen Schularten zu ermöglichen.

■ die Errichtung gut ausgestalteter Ganztagschulen. Alle Kinder sollen die Möglichkeit haben, eine Ganztagschule besuchen zu können. Um einen Unterricht zu erreichen, möchte DIE LINKE Vereine und andere gemeinnützige Organisationen finanziell stärker unterstützen.

■ eine deutlich bessere Personalausstattung der Schulen, insbesondere mit Sozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen, um den vielfältigen Schwierigkeiten und Problemen der Schüler*innen gerecht zu werden und die Lehrkräfte zu entlasten.

■ die gerechte Entlohnung von Lehrer*innen aller Schularten. Wir wollen keine Unterschiede von angestellten und verbeamteten Lehrkräften.

■ deutlich mehr qualifiziertes Personal für die Jugendhilfeeinrichtungen.

- die Verringerung der Klassengrößen in den städtischen Schulen.
- eine Verbesserung des Ganztageschulkonzeptes z. B. durch eine bessere Konzeption des Tagesablaufes.
- die beschleunigte Sanierung der Schulen. Baufällige Schulen müssen der Vergangenheit angehören. Gleichzeitig wollen wir eine gleichwertige Ausstattung aller Schulen.
- den Erhalt und Ausbau von Schulbibliotheken, Leseräumen und Lernwerkstätten sowie Gewährleistung der personellen Ausstattung.
- WLAN an allen Schulen. Wir brauchen einen schnelleren Ausbau des WLANs sowie der Breitbandanschlüsse an allen Schulen. In Karlsruhe haben momentan lediglich 5 von 90 Schulen einen 200-Mbit/s-Anschluss.
- die weitere Erhöhung der Investitionen in die Ausstattung der Schulen, inklusive Berufs- und Volkshochschulen.
- die Erhöhung der Investitionen in die digitale Infrastruktur der Schulen und die Möglichkeit für Lehrkräfte, technische Hilfsmittel in ihren Unterricht zu integrieren. Dies setzt entsprechende Fortbildungsangebote voraus. Die Verwaltung und Wartung der digitalen Infrastruktur soll durch spezielle Fachkräfte erfolgen.
- die Einrichtung eines städtischen Sonderförderprogrammes, um sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler angemessen zu fördern.
- den Verbleib von Schulgebäuden und Inventar in öffentlicher Hand. Wir lehnen jede weitere Privatisierung des Bildungswesens ab.
- eine Ansprechperson der Stadt, die Schulen unterstützt, Erasmus-Anträge zu stellen. Dieses Förderprogramm der EU kann viele Vorhaben von Schulen und Vereinen unterstützen bzw. erst ermöglichen.
- bessere Mitspracherechte von Schüler*innen durch eine Stärkung der Schüler*innenvertretungen. Dafür treten wir auf Landesebene ein.
- die stärkere Integration von Arbeitsgemeinschaften (AGs) und Schülerprojekten, um den Schüler*innen die Möglichkeit zu geben, ihren Schultag selbst mitzugestalten. Dazu möchte DIE LINKE Vereine und andere zivilgesellschaftliche Organisationen, die diese AGs leiten, in Karlsruhe finanziell unterstützen. Auch auf Landesebene wollen wir das verwirklichen.
- Eine Stärkung der politischen Bildung durch Workshops, politische Bildungstage und Austausch unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Initiativen, Gewerkschaften, demokratischer

Parteien und deren Jugendorganisationen, kommunaler Mandatsträger und Abgeordneter des Landtags, Bundestags und des Europaparlaments.

- ein tolerantes Miteinander, um gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit und jegliche andere Diskriminierung an Karlsruher Schulen vorzugehen. Hier spielen die außerschulische Partner eine wichtige Rolle. Die Kooperation mit geeigneten Partner*innen will DIE LINKE fördern.

- dass möglichst alle Karlsruher Schüler*innen im Rahmen eines Schulbesuchs eine KZ-Gedenkstätte besichtigen sollen. Schüler*innen sollen in Kooperation mit Bündnissen wie dem Karlsruher „Netzwerk gegen rechts“ und dem Antifaschistischen Aktionsbündnis Karlsruhe über Rechtsextremismus vor Ort aufgeklärt werden.

- die verstärkte Umsetzung von Umweltbildungsprojekten.

- Einen Erfahrungsaustausch von Auszubildenden und Studierenden mit Schüler*innen, um eine bessere Orientierung zu gewährleisten. Bei Berufsinformationstagen an Schulen sollen Gewerkschaften und nur Arbeitgeber*innen eingeladen werden, die Schüler*innen eine gute Ausbildung zu fairen Arbeitsbedingungen ermöglichen. Außerdem soll Gewerkschaften das Recht eingeräumt werden, dass sie an Berufsinformationstagen die Schüler*innen über ihre Rechte als Beschäftigte aufklären.

Ausbildung stärken - Azubis unterstützen.

Die beruflichen Schulen haben in den letzten Jahrzehnten einen erheblichen Beitrag geleistet, Bildungsbiografien von Jugendlichen zu gestalten. Schüler ohne Abschluss der allgemeinbildenden Schulen fanden in diesen Einrichtungen immer eine zweite Chance. Berufskollegs und berufliche Gymnasien bieten Anschlüsse für eine Weiterqualifizierung der Jugendlichen, und die Berufsschulen ermöglichten vielen Hauptschülern den Zugang zur mittleren Reife. Diese Arbeit muss unterstützt werden. Vor allem die Bereiche, die nicht im Fokus der Wirtschaft stehen, brauchen die öffentliche Hand, um allen Schülerinnen und Schülern eine gute Aus- und Weiterbildung zu sichern. Dazu gehört auch, die Situation der Auszubildenden zu verbessern.

Deshalb setzt sich die LINKE ein für

- eine ausreichende Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende in allen Stadtteilen. Ähnlich den Studierendenwohnheimen wollen wir Unterkünfte für Auszubildende errichten, um auch ihnen eine kostengünstige Miete zu ermöglichen.

- Einführung eines Studierenden- und Azubi-passes, ähnlich dem Karlsruher Kinderpass. Generell wollen wir, dass Azubis möglichst kostenfreien, zumindest aber deutlich kostengünstigeren Zugang zu Kultureinrichtungen, Stadtbibliotheken, Freizeitbädern und weiteren Einrichtungen haben.
- ausreichend Plätze in Krippen und Kindertagesstätten für Azubis mit Kindern.
- kostenfreien ÖPNV für Azubis. Im ersten Schritt wollen wir die Preise für eine Ausbildungskarte in Kooperation mit den Verkehrsgesellschaften um 50 % reduzieren. Dies würde eine monatliche Entlastung für Azubis zwischen 24 € und 63 € bedeuten, je nach Geltungsbereich der Ausbildungskarte.
- die Wiedereinführung des Nightliners an allen Tagen in der Woche.
- die ausschließliche Vergabe von Aufträgen der Stadt und der städtischen Gesellschaften an Betriebe, die ausbilden.
- ein Programm zur Schaffung von Ausbildungsplätzen mit Geldern der Bundesagentur für Arbeit und der ARGE
- die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen bei der Stadt Karlsruhe und den städtischen Unternehmen.
- den Auf- und Ausbau von Jugendbeschäftigungsgesellschaften in städtischer Regie für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden.
- die Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ihre Berufswahl nicht von Geschlechtszuschreibungen abhängig zu machen, sondern von ihren Interessen und Fähigkeiten.
- die bessere Integration von jungen Menschen mit Behinderungen im Ausbildungsbereich.
- die Schaffung eines Sonderförderprogrammes für die Ausbildung junger Geflüchteter seitens der Stadt in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und lokalen Unternehmen.
- eine Erhöhung der Angebote für Jugendliche ohne Schul- und Berufsabschluss, um eine anerkannte Berufsausbildung abschließen zu können. Wir wollen einen Handlungsrahmen schaffen, damit jede*r Jugendliche in Karlsruhe eine Berufsausbildung oder ein Studium erfolgreich absolvieren kann.

Attraktive Politik für Studierende.

Die deutschlandweite und internationale Ausstrahlung der Hochschulen, aber auch der außeruniversitären Forschungseinrichtungen, sind für die Stadt und die Region ebenso von unschätzbarem Wert wie ihre Attraktivität für junge Menschen und deren Innovationspotential.

Umso wichtiger ist es, dass die Fächervielfalt erhalten bleibt. DIE LINKE wird deswegen auf allen politischen Ebenen den Kürzungsabsichten bei den Hochschulen entgegentreten. Hervorragende Hochschulen brauchen aber auch hervorragende Rahmenbedingungen. Es wird Zeit, dass Politik wieder im Interesse der Studierenden gestaltet wird. Dazu gehört ein breites soziokulturelles Angebot ebenso wie ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Studierende. Zudem soll die Stadt die Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei der Gewinnung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterstützen. Wir wollen Karlsruhe für Studierende attraktiver gestalten und ihnen optimale Bedingungen schaffen.

Das heißt für DIE LINKE

- Einführung eines Studierenden- und Azubi-passes, ähnlich dem Karlsruher Kinderpass. Generell wollen wir, dass Azubis und Studierende möglichst kostenfreien oder zumindest deutlich kostengünstigeren Zugang zu Kultureinrichtungen, Stadtbibliotheken, Freizeitbädern und weiteren Einrichtungen haben.
- kostenfreien ÖPNV für Studierende ermöglichen sowie generell Einsatz für eine weitere Vergünstigung des Semestertickets und eine Verbesserung des Leistungsangebots. Als ersten Schritt wollen wir das Studierendenticket in Kooperation mit den Verkehrsgesellschaften um 50 % günstiger machen. Das bedeutet eine Kostenentlastung von ca. 150 € im Jahr.
- die Wiedereinführung des Nightliners an allen Tagen in der Woche. Dies ist unverzichtbar für ein studentisches, kulturelles Nachtleben auch unter der Woche.
- 1.500 neue Wohnheimplätze in den nächsten fünf Jahren mit einer monatlichen Miete von weniger als 250 € im Monat schaffen (dies entspricht der Bafög-Wohnpauschale).
- eine ausreichende Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende in allen Stadtteilen in Abstimmung mit dem Studierendenwerk. Aktuell kostet ein WG-Zimmer durchschnittlich 390 € im Monat und damit 140 € mehr als der Bafög-Satz vorsieht.
- Schaffung und Ausbau nichtkommerzieller Treffpunkte für Studierende.
- gegen Prekarisierung in Wissenschaft und Lehre einzutreten. Gute Beschäftigungsverhältnisse und gerechte Bezahlung für Wissenschaftler*innen, Mitarbeiter*innen und Hilfskräfte müssen Standard sein! Diese Position muss die Stadt Karlsruhe als Partnerin der Hochschulen einnehmen.

■ gegen den Einfluss von Konzernen auf die Wissenschaft zu sein. Die Stadt Karlsruhe muss sich gegen die Ausweitung der privaten Drittmittelfinanzierung an den Universitäten stark machen.

■ gegen die Rüstungsforschung an unseren Hochschulen einzutreten. Ein Verbot von militärischer Forschung und die Umsetzung einer Zivilklausel an den Hochschulen in Karlsruhe ist dringend notwendig.

■ Einstellung der Forschung an Entwicklungsarbeiten zur 4. Generation von Atomkraftwerken sowie der Fusionsforschung.

■ die Schaffung von Notunterkünften zu Beginn des Semesters durch die Kommune.

■ ausreichend Plätze in Krippen und Kindertagesstätten für Studierende mit Kindern.

■ die Rolle einer selbstverwalteten Studierendenschaft als Ansprechpartner für den Gemeinderat stärken.

■ Schaffung einer städtischen Anlaufstelle in Kooperation mit den Karlsruher Hochschulen für Studierende, insbesondere aus Arbeiterfamilien, mit Migrationshintergrund und Frauen, um die Studienabbrecher-Quote zu verringern.

■ Ausbau der Fahrradstraßen im universitätsnahen Umfeld (siehe Verkehr).

■ Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche für Partner*innen von Wissenschaftler*innen (Dual Career) sowie bei der Organisation von der Kinderbetreuung, der geeigneten Schule und der Wohnraumsuche.

■ Beratung und finanzielle Förderung studentischer Initiativen in kulturellen, sozialen, zivilgesellschaftlichen und sportlichen Bereichen.

■ genügend Sporthallen und -anlagen in Karlsruhe, um Studierendensport zu ermöglichen.

■ größeres Angebot von Praktikumsplätzen bei Stadtverwaltung und Tochterunternehmen und Kooperation mit den Hochschulen bei der Erstellung von Abschlussarbeiten bis zu Promotionen.

■ Stärkung und Weiterentwicklung von Technologie- und Gründer- sowie Multimediazentren.

Weiterbildung fördern – für lebenslanges Lernen.

DIE LINKE. Karlsruhe setzt sich dafür ein, dass für alle Menschen bis ins hohe Alter ein vielfältiges Lern- und Bildungsangebot zur Verfügung steht. Gerade im Zuge der Digitalisierung verändert sich die Arbeitswelt dramatisch.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle Menschen ein Recht und eine Möglichkeit haben,

sich so weiterzubilden, dass sie für die digitale Arbeitswelt qualifiziert sind. Die Stadt Karlsruhe soll mit der Arbeitsagentur, den Jobzentren u. a. geeignete Angebote entwickeln.

In der Weiterbildung leisten die Volkshochschulen einen enormen und unverzichtbaren Beitrag, der allen Gesellschaftsschichten zu Gute kommt. Leider sind die Teilnahmegebühren in vielen Kursen so teuer sind, dass sich viele diese nicht leisten können. Vor allem Kurse, die sich die Teilnehmer*innen für die weitere Berufsqualifizierung wünschen, sollen durch eine Subventionierung der Stadt günstiger werden. Daneben muss die Stadt sich für eine angemessene Entlohnung der in diesem Bereich tätigen Dozent*innen einsetzen.

DIE LINKE fordert deshalb

■ eine stärkere Subventionierung von Volkshochschulkursen für die berufliche Weiterbildung für Menschen mit geringem Einkommen. Wir wollen eine 100%-Bezuschussung von VHS-Kursen für Inhaber des Karlsruher Passes.

■ tarifliche Bezahlung der Dozent*innen mindestens gemäß dem TV-L.

■ Information aller Erwerbstätigen über ihren Anspruch auf Bildungsurlaub durch die Stadt.

■ Beratung aller Jugendlichen, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen, mit dem Ziel, ihnen einen Schulabschluss zu ermöglichen.

■ Intensivierung der Kooperation mit anderen Bildungsträgern und städtischen Einrichtungen bei den Fort- und Weiterbildungsangeboten für Mitarbeiter*innen der Stadt und der Tochterunternehmen.

■ Teilnehmer*innengebühren, die bezahlbar sind. Eine Ausgrenzung über die Kostenbeteiligung lehnen wir ab.

■ Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben. Die VHS darf nicht für betriebliche Fort- und Weiterbildung zweckentfremdet werden.



Ergreife Partei für eine bessere Zukunft.

Vor Ort an Aktionen mitmachen, Menschen in deinem Stadtteil informieren, diskutieren und DIE LINKE in Karlsruhe unterstützen...

Melde dich bei uns: www.dielinke-ka.de

info@dielinke-ka.de - [facebook/dielinkekarlsruhe](https://facebook.com/dielinkekarlsruhe)

V. Klima retten, Umwelt schützen – sozial und ökologisch.

Der Klimawandel setzt sich weiter fort, während Staaten tatenlos zusehen und weitermachen wie bisher. Das Klima wird zur Schicksalsfrage der Menschheitsgeschichte. DIE LINKE sieht sich dem „1,5-Grad-Ziel“ des UN-Klimaabkommens verpflichtet und will daher mittel- und langfristig alle Lebensbereiche klimaneutral gestalten. Umwelt-, Klima- und Naturschutz müssen gestärkt sowie der Erhalt der biologischen Vielfalt gewährleistet wird. Wenn die Große Koalition in Deutschland dabei versagt, muss die Energiewende direkt vor Ort aktiv vorangetrieben werden. Dazu gehört der sofortige Ausstieg aus Atom- und Kohleenergie, aktiver Klima-, Umwelt- und Naturschutz in Kommunen und der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft und unserer Energiesysteme. Gleichzeitig müssen wir den Bürger*innen helfen, die die steigenden Strompreise nicht mehr bezahlen können. Die Energiewende muss ökologisch und sozial gestaltet werden. Die Stadt Karlsruhe muss hier eine Vorbildfunktion übernehmen.

DIE LINKE wird dafür streiten, dass

- Karlsruhe CO₂-neutral wirtschaftet. Wir wollen mit der Stadt eine verbindliche Klimaschutzstrategie entwickeln, die u.a. eine massive CO₂-Reduzierung in den nächsten fünf Jahren vorsieht. Karlsruhe muss Vorreiterin beim Kampf gegen den Klimawandel werden.
- die Investitionen in erneuerbare Energien erhöht werden.
- die Stadt selbst nur noch Strom aus erneuerbaren Energien bezieht. Wir wollen dieses Ziel bis 2030 erreichen.
- die Stadtwerke wieder vollständig rekommunalisiert werden.
- die Stadtwerke sich nicht mehr an der Erzeugung von Kohle- und Atomenergie beteiligen.
- das Rheinhafen-Dampfkraftwerk als klimaschädlichstes Kohlekraftwerk Karlsruhes abgeschaltet wird. Dazu wollen wir einen sozial- und strukturverträglichen Ausstiegsplan entwickeln.
- bei Auftragsvergaben der Stadt Anbieter kommunaler und regionaler Energieerzeugung bevorzugt werden.
- Bürgergenossenschaften zur Erzeugung von erneuerbarer Energie unterstützt werden.
- Energiesparen belohnt wird. Dazu gehören sozial gestaffelte Tarife der Stadtwerke und Anreize, für einen energiesparenden Lebensstil der Haushalte. Gemeinsam mit Umweltorganisationen wollen wir mit den Unternehmen erarbeiten,

wie massive Reduzierungen im eigenen Betrieb und im gewerblichen Bereich insgesamt erzielt werden können.

- die unverantwortliche und gefährliche Forschung an der 4. und 5. Generation von Atomkraftwerken am KIT Nord und am Joint Research Center (JRC) beendet wird.
- keine Castortransporte mit hochradioaktivem Atommüll durch Karlsruhe fahren dürfen.

Ressourcen schonen beim Bauen.

Um Karlsruhe widerstandsfähig zu machen gegenüber den sich verändernden lokalklimatischen Bedingungen und der Hitzeüberlastung, wollen wir mit Experten Klimaanpassungskonzepte erarbeiten.

Insbesondere im Hoch- und Tiefbau setzen wir auf klimaneutrales Bauen und nachhaltige Stoffkreisläufe. Deshalb fordern wir, dass Ressourcenschonung auch beim Bauen stattfindet. Bauen mit Holz und Holzverbundstoffen, aber auch mit Recycling-Baustoffen sollte zum Standard gemacht werden. Für Neubauten fordern wir den Passiv-, mittelfristig den Aktivgebäude-Standard.

DIE LINKE will, dass

- klimafreundliche und sozialgerechte Bebauung bei der Vergabe von städtischen Grundstücken in Erbpacht gefördert wird; Neubauten sollen hier einen deutlich geringeren Energieverbrauch als den gesetzlichen Mindeststandard haben.
- bei Neubau- und Sanierungsvorhaben geprüft wird, wie Heizung und Strom durch erneuerbare Energien sichergestellt werden können.
- Bundes- und Landesförderprogramme für die energetische Sanierung und den energieeffizienten Neubau konsequent genutzt werden.
- die energetische Sanierung aller öffentlichen Gebäude zeitnah umgesetzt wird.
- Nachverdichtung gefördert wird, anstatt neue Flächen zur Bebauung auszuweisen und zu versiegeln. Bei jedem neuen Bauvorhaben müssen zum Ausgleich Böden entsiegelt und renaturiert werden.

Umwelt schützen, Vielfalt erhalten.

Waldbestände in städtischer Hand betrachten wir nicht nur als Naherholungsgebiet, sondern auch als wichtige Kohlenstoffspeicher und fordern eine pflegerische Bewirtschaftung. Ebenso sollen auf kommunalen Pachtäckern ökologi-

sche Formen der Bodenbewirtschaftung festgeschrieben werden. Zum Schutz der Artenvielfalt, zum Schutz von Vögeln, Wirbeltieren, Bienen und anderen Insekten, muss Karlsruhe auf den Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat und anderen Giften sowie chemischen Substanzen in Gärten, Grünanlagen und auf anderen kommunalen Flächen verzichten. Initiativen, die sich im Umweltschutz engagieren, z. B. Urban Gardening betreiben oder sich um Bodenschutz und Renaturierung bemühen, sind ebenso zu fördern wie z. B. Vereine oder Genossenschaften einer solidarisches Landwirtschaft.

DIE LINKE fordert darüber hinaus, dass

- Grün- und Erholungsflächen aufgewertet und ausgeweitet werden.
- eine nachhaltige Forst- und Landwirtschaft in Karlsruhe verankert wird.

■ die Wasserqualität der Flüsse und Seen verbessert wird.

■ Kühlwasserentnahme und -einleitung in den Rhein durch Großbetriebe wie Miro, Papierfabrik, Karlsruher Klärwerk so geregelt werden, dass Schäden im Ökosystem unterbleiben.

■ die Stadt die Wertstofftrennung in eigene Verantwortung übernimmt und Plastikmüll tatsächlich recycelt und nicht wie derzeit in Kraftwerken und Zementwerken verbrennen lässt.

■ ehrenamtliche und hauptberufliche „Umweltausbilder*innen“ zu fördern sind.

■ Karlsruhe jeden Ansatz Ressourcen schonenden Verhaltens, Energieeinsparung und Abfallvermeidung, wie z. B. von Repair-Cafés oder Leihläden aktiv unterstützt.

VI. Mobilität für alle - sozial-ökologische Verkehrswende vorantreiben.

Der Verkehr ist einer der größten Verursacher von Umweltverschmutzung und Klimawandel. Wir wollen unseren Verkehr sozialer und ökologischer gestalten. Die Verkehrswende wird vor allem die Lebensqualität in Karlsruhe weiter verbessern, denn PKW- und LKW-Verkehr sind Hauptverursacher für schlechte Luft und Lärmbelastung. Diese Belastungen tragen auch jene mit, die kein Auto fahren, wie etwa Kinder, ältere Menschen oder jene, die an stark befahrenen Straßen wohnen. Gerade Menschen mit niedrigen Einkommen sind davon überdurchschnittlich stark betroffen. Wir wollen erreichen, dass in Karlsruhe weniger Menschen das Auto nutzen müssen, sondern zu Fuß, auf dem Rad oder mit der Bahn sicher und günstig unterwegs sein können. Damit dieser Umstieg gelingt, sind von Seiten der Stadt die richtigen Anreize zu schaffen.

Ausbau des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr).

Ein starker öffentlicher Nahverkehr ist für eine Verkehrswende eine notwendige Voraussetzung. Für uns ist der Ausbau des ÖPNV notwendig, um allen Bürger*innen kostengünstige Mobilität zu ermöglichen.

DIE LINKE will im Bereich des ÖPNV

- den sofortigen Stopp aller Preiserhöhungen.
- eine Kostenanalyse der Stadt für einen mittelfristig ticketfreien Nahverkehr (Null-Tarif) und eine Ausarbeitung von verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten, wie z. B. einem ÖPNV-

Erschließungsbeitrag, einer kommunalen Nahverkehrsabgabe, einem beitragsfinanzierten Bürgerticket, einer Gästeabgabe oder/und ergänzender Finanzierungsquellen. Karlsruhe soll sich an bundesweiten Modellprojekten proaktiv bewerben und beteiligen. Gleichzeitig muss Karlsruhe, als zweitgrößte Stadt in Baden-Württemberg, Druck auf die Landesregierung für notwendige Gesetzesänderungen ausüben.

■ im ersten Schritt die Leistungen im Rahmen des Karlsruher Passes (Karlsruher Kinderpass, Karlsruher Pass & Karlsruher Pass 60 plus) ausbauen. Wir wollen für alle Leistungsberechtigten einen ticketfreien Nahverkehr einführen. Durch die Ausweitung der Leistungsberechtigten erreichen wir, dass mehr Menschen einen für sie kostenfreien Nahverkehr nutzen können.

■ ein 365-Euro-Jahresticket für das Stadtgebiet einführen. Dies würde aktuell eine Kostenersparnis von ca. 280 € im Jahr pro Bürger*in bedeuten. Wegfallende Ticketeinnahmen können durch einen höheren Absatz von Jahrestickets gegenüber Einzelfahrscheinen und Monatskarten ausgeglichen werden. In Wien hat dieses Vorgehen zu einem kostenneutralen Ergebnis geführt.

■ eine generelle Vereinfachung des Tarifsystems durch Zusammenlegung von Waben im KVV-Netz, wie es gerade im Großraum Stuttgart zum überwiegenden finanziellen Vorteil der ÖPNV-Nutzer*innen durchgeführt wurde. Auch hier soll ein günstigeres Jahresticket angeboten werden, um mehr Pendler*innen den Umstieg

■ die Barrierefreiheit auch im Zugang zu den unterschiedlichen Ticketsystemen (Fahrkarte am Automat / Ticket-App / Ticket2go). Hier bedarf es einer Verschlankung des Angebots.

■ eine konsequente Vorrangschaltung des ÖPNV vor dem motorisierten Individualverkehr (MIV) an Kreuzungen.

■ keine Privatisierungen oder Ausgliederungen und keinen Arbeitsplatzabbau bei den VBK und der AVG im Zuge von Haushaltssanierungen oder anderer Maßnahmen. Wir fordern mehr Personal, um den ÖPNV als wesentliches Rückgrat des stadtverträglichen Verkehrs zu stärken. Weitere Arbeitsverdichtungen, niedrigere Löhne für Neueingestellte und Tarifflicht durch Outsourcing werden wir nicht akzeptieren. Dafür wollen wir mit den Arbeitnehmer*innenvertretungen der jeweiligen Verkehrsbetriebe eng zusammenarbeiten.

■ eine weitere Ausbildungsoffensive, eine bessere Bezahlung für Triebfahrzeugführer*innen sowie eine Erhöhung des Mindestpersonalschlüssels bei der AVG. Die unter falschen Annahmen erfolgte Personalbedarfsrechnung der vergangenen Jahre führt immer zu den bekannten „personalbedingten Fahrtausfällen“. Der Fehlbestand lag Ende 2017 bei knapp 40 Triebfahrzeugführer*innen bei der AVG. Gerade für Berufspendler*innen aus Rheinland-Pfalz, aus dem Pfinztal, dem Albtal und der Haardt hat sich die tägliche Fahrt zu einem Lotteriespiel entwickelt. Eine attraktive, verlässliche Alternative im Berufsverkehr stellt dies aktuell nicht dar.

■ bei Neuvergaben von Verkehrsverträgen und Betreiberwechseln, eine verpflichtend vorgeschriebene Übernahme der Beschäftigten und der Erhalt ihrer bisherigen Entlohnung und Arbeitsbedingungen.

■ einen attraktiven ÖPNV mit sauberen Bahnen, Bussen und Haltestellen. Dazu gehört auch der Verzicht von Werbung auf Fensterflächen der Bahnen und Busse. Die Ausstattung der Bahnen (Anzahl und Größe der Sitzplätze, Haltemöglichkeiten, Kinderwagenstellplätze) muss in enger Absprache mit Fahrgastverbänden und Betriebsräten der Verkehrsunternehmen erfolgen, um die Interessen von Fahrgästen und Fahrpersonal ausreichend einzubinden. An jeder größeren Haltestelle sollen Umgebungspläne den Fahrgästen den Weg ins Viertel und an ihr Ziel weisen.

■ die Kürzungen bei den Nightlinern zurücknehmen und das Angebot von Mo. bis Do. wiederherstellen. Weitere Ausdünnung von Fahrplänen im Zuge der Haushaltssanierung lehnen wir ab.

■ in Randzeiten und in Außenbezirken ÖPNV-On-Demand-Lösungen. Diese dürfen nicht in prekären und tariflosen Arbeitsverhältnissen durchgeführt werden.

■ eine höhere Taktung des Nahverkehrs in der Fläche und den Ausbau des ÖPNV-Netzes. Dies gilt besonders auch für die Busanbindungen der einzelnen Stadtteile (z. B. Richtung Bergdörfer oder von Durlach nach Ettlingen), der Gewerbegebiete sowie den tangentialen Verbindungen zwischen den äußeren Stadtteilen.

■ kurzfristig ein vergünstigtes Nahverkehrsticket für Pendler*innen aus Rheinland-Pfalz, um die Probleme des Berufsverkehrs im Bereich der Rheinbrücke zu mildern.

■ den Ausbau von Park&Ride-Möglichkeiten an den Zufahrtsstraßen in die Stadt, bei denen das Parkticket die Nutzung des ÖPNV beinhaltet.

■ eine konsequente Werbung für die Anreise mit dem ÖPNV bei Veranstaltungen, die von der öffentlichen Hand mit ausgerichtet werden. Beispiele sind Veranstaltungen der Karlsruher Messe- und Kongress GmbH, beim Weihnachtsmarkt oder bei Einkaufsnächten.

■ keine Strafanzeigen wegen Schwarzfahrens von den Verkehrsunternehmen. Diese Art der Kriminalisierung muss ein Ende finden. Wer kein Geld hat, um sich ein Ticket zu kaufen, darf dafür nicht mit einer Geld- oder gar Freiheitsstrafe belegt werden.

■ den weiteren Ausbau des KVV als multimodalen Verkehrsdienstleister, der die Aufgabe der Steuerung aller weiteren Verkehrsangebote wie z. B. Carsharing, Leihfahrräder, Taxis übernimmt und vorantreibt.

Gut zu Fuß durch Karlsruhe.

Der Fußverkehr wurde lange Zeit eher als Verkehrshindernis bzw. als „Abfallprodukt“ am Ende der Flächenplanung betrachtet. Dabei ist er die günstigste, gesündeste und unter dem Aspekt des Flächenverbrauchs vorteilhafteste Verkehrsart in der Stadt.

DIE LINKE will im Bereich des Fußverkehrs

■ nach dem Vorbild des Aktionsplans Radverkehr ein Aktionsplan Fußverkehr mit einem verbindlichen Zeitplan bis 2025 entwickeln. Karlsruhe soll hier wie beim Radverkehr eine bundesweite Führungsrolle einnehmen. Als erste Maßnahmen können z. B. attraktive Flaniermeilen mit hoher Aufenthaltsqualität vom Hauptbahnhof in die Innenstadt und eine Ost-West-Verbindung entlang der neuen Kriegsstraße geschaffen werden. Hierzu soll eine Planstelle Fußverkehr bei der Stadt eingerichtet werden.

■ dass die Anwendung des Strategiepapiers des Umweltbundesamtes "Geh Doch!" in Karlsruhe zum Standard werden soll.

■ die Entwicklung eines Fußverkehrskonzepts für alle Stadtteile unter dem Aspekt der kurzen, engmaschigen und attraktiven Stadtteilwege.

■ die Ausweisung weiterer Fußgängerzonen im Innenstadtbereich z. B. in der Karlstraße im Bereich Stephanplatz und Europaplatz oder in der südlichen Waldstraße. Der vorgebrachte Einwand, hier gegen die Interessen der ansässigen Geschäfte zu verstoßen, ist nicht haltbar. In Fußgängerzonen ist die Besucherfrequenz der Geschäfte wesentlich höher, die Fußgänger*innen bringen den Hauptteil des Umsatzes.

■ eine bessere Ausschilderung von Fußwegen mit Entfernungsangabe und Gehzeit in der Stadt. Wegweiser sind auch für Ortskundige sinnvoll, da sie das Zufußgehen aufwerten.

■ eine lückenlose Beleuchtung von Fußwegen, um die Akzeptanz und Sicherheit zu erhöhen.

■ mehr Sitzgelegenheiten für Fußgänger*innen sowie eine ausreichende Anzahl von Abfallkörben entlang der Wege.

■ dass bei Straßenquerungen vermehrt sicher angelegte Zebrastreifen zum Einsatz kommen, am besten kombiniert mit Mittelinsel, Gehwegnase oder Teilaufpflasterung. Sie erlauben eine zügige und bequeme Straßenquerung und sind wesentlich günstiger als Lichtsignalanlagen.

■ gemeinsame Fuß- und Radwege oder Fußwege mit Fahrradfreigabe durch alternative und sicherere Radverkehrsführungen auf der Fahrbahn ersetzen.

■ Geh- und Radwege von motorisierten Fahrzeugen jeglicher Art freihalten. Das muss von der Stadt stärker kontrolliert und bei Verstoß konsequent geahndet werden. Dazu ist eine personelle Stärkung der Kontrollbehörden nötig.

■ den Winterdienst auf Geh- und Radwegen ausbauen. Geh- und Radwege, Querungsstellen und ÖPNV-Haltestellen müssen ganzjährig nutzbar sein, d.h. im Winter mindestens von 6 Uhr bis 22 Uhr schnee- und eisfrei sein.

Radverkehr mit Vorrang.

Der Radverkehr hat sich in den vergangenen Jahren in Karlsruhe sehr positiv entwickelt, hier nimmt die Stadt bereits einen führenden Platz im bundesweiten Vergleich ein. Den weiteren Zuwachs beim Radverkehr wollen wir vor allem durch die Verlagerung weg vom MIV erreichen.

DIE LINKE will im Bereich des Radverkehrs

■ mehr Personal bzw. Schwerpunktverlagerungen bei den städtischen Behörden, um einen schnelleren Ausbau und den Unterhalt der Infrastruktur zu ermöglichen. Viele Maßnahmen aus dem Verkehrsentwicklungsplan Karlsruhe wurden aufgrund fehlenden Personals noch nicht realisiert. Die Anzahl der geplanten Radrouten bleibt weit hinter den gesteckten Zielen zurück.

■ Einrichtung der Stelle eines Radverkehrsbeauftragten, der Ansprechpartner für Radfahrende ist und sich in der Stadtverwaltung für deren Anliegen einsetzt.

■ mehr Abstellanlagen im öffentlichen Raum für Fahrräder. Diese sollen mindestens bei größeren Anlagen witterungsgeschützt sein, und der DIN-Norm für Fahrradparksystem entsprechen. An allen Schulen, städtischen Einrichtungen und ÖPNV-Haltestellen sollen mehr sichere und überdachte Fahrradabstellanlagen zum Einsatz kommen.

■ die Anbindung des Umlandes mit Fahrrad-schnellwegen als wesentlichen Aspekt der Verkehrsverlagerung im Pendelverkehr. Hierzu muss mindestens eine Vollzeitstelle bei den städtischen Behörden geschaffen werden. Bis 2025 sollen auf den wichtigen Pendelstrecken aus dem Umland Fahrradschnellwege geschaffen werden.

■ eine bessere Anbindung von Gewerbegebieten für Radfahrer*innen, z. B. das Gebiet am Rheinhafen, das Gewerbegebiet Hagsfeld sowie das Gewerbegebiet Killisfeld.

■ die bereits von der Stadt begonnene Umwidmung von PKW-Stellplätzen zu Fahrradabstellplätzen forcieren, um so die Gehwege für den Fußverkehr von Fahrrädern freizuhalten. Private Haushalte, Gewerbetreibende und Unternehmen sollen bei der Einrichtung von Fahrradstellplätzen im öffentlichen Raum unterstützt werden.

■ Grüne Wellen für Radfahrer auf zentralen Fahrradrouten nach dem Vorbild von Kopenhagen, und Schaffung weiterer Fahrradstraßen im Stadtgebiet.

■ den Ausbau der neuen oberirdischen Kriegsstraße zwischen Mendelssohnplatz und Karlstor zu einer weiteren Hauptachse im städtischen Radnetz.

■ die Schaffung einer attraktiven Ost-West-Verbindung von Durlach in die Innenstadt, z. B. vom Mastweidenweg über Otto-Dullenkopf-Park oder über den Rußweg.

■ im neuen Wildparkstadion eine attraktive Infrastruktur für die Anreise mit dem Fahrrad: u.a. sichere und gut beleuchtete Zufahrtswege und eine hohe Zahl von sicheren Abstellanlagen.

■ sichere und nachvollziehbare Ausschilderung bei Baustellen. Wir drängen auf die strikte Umsetzung der gängigen Vorschriften: Besteht ein Angebot für Radfahrende, muss dieses auch in der Baustelle realisiert werden. Ein Wegfall zugunsten des MIV ist nicht zielführend. Mit Einrichten der Umleitungen für den motorisierten Individualverkehr muss daher zeitgleich auch die Ausschilderung für den Radverkehr erfolgen.

■ eine konsequente Werbung für die Anreise mit dem Fahrrad bei Großveranstaltungen. Hier müssen eine fahrradfreundliche An- und Abreise sowie sichere Abstellmöglichkeiten gewährleistet werden.

■ die Nutzung des Potentials der Stadt für sanften Radtourismus als einen Schwerpunkt bei der Karlsruhe Tourismus GmbH.

Autoverkehr reduzieren – Alternativen fördern

Der MIV (Motorisierte Individualverkehr) schneidet unter dem Aspekt des Lärms, der Emissionen und des Flächenverbrauchs pro Verkehrsteilnehmer am schlechtesten ab. Vor dem Hintergrund der begrenzten Flächen in Karlsruhe wollen wir über eine Umverteilung der zur Verfügung stehenden Verkehrsflächen diskutieren.

Die LINKE will im Bereich des MIV

■ ein generelles Tempolimit von 30 km/h als Basisgeschwindigkeit innerhalb des Stadtgebietes für mehr Sicherheit und Lebensqualität. An ausgewiesenen Straßen kann die Höchstgeschwindigkeit erhöht werden, wenn der Bedarf nachgewiesen und sichergestellt werden kann. Wir unterstützen die Stadt bei einer möglichen Bewerbung als Pilotstadt, die beim Deutschen Städtetag angestrebt wird. Bis dahin wollen wir, soweit wie möglich, Tempo 30 als streckenbezogene Höchstgeschwindigkeit einführen. So z. B. in der Eckener-/ Michelinstraße, Karlstraße, in der neuen oberirdischen Kriegsstraße zwischen Karlstor und Mendelssohnplatz, in der Kaiserallee oder in Teilen der Durlacher Allee.

■ einen reduzierten LKW-Verkehr in Karlsruhe, um die Anwohner*innen zu schützen und zu entlasten. Wir sind u.a. für LKW-Nachfahrverbot.ein. Situationen wie an der Eckener-/Michelinstraße sind für die Anwohner*innen nicht hinnehmbar. Die Stadt Karlsruhe muss hier Druck auf die Stadt Rheinstetten sowie auf das Edeka-Fleischwerk in Rheinstetten ausüben.

■ perspektivisch autofreie Stadtteile.

■ die Ausweitung von Anwohnerparkzonen in den Stadtteilen durch ein Herabsetzen des Ausweisungsschlüssels. Generell ist anzustreben, dass Parken in Wohngebieten im öffentlichen Raum nicht kostenfrei möglich ist. Die Anwohner*innen sollen einen Anwohnerparkausweis erwerben können – Jahresstellplatzgebühr – und Auswärtige bzw. Langzeitbesucher*innen einen Parkschein. In Neubaugebieten, die vornehmlich dem Wohnen dienen, soll generell Quartierparken eingesetzt werden.

■ keine zweite Rheinbrücke nach den aktuellen Plänen des Bundes. Ein „Dem-Stau-Hinterbauen“ lehnen wir ab, da dies einer sozial-ökologischen Verkehrswende entgegensteht. Stattdessen stehen wir für eine Verlagerung der Pendlerströme auf den ÖPNV mit einer attraktiveren Tarifstruktur, einen Ausbau der Bahnverbindungen und deren Taktungen, sowie die Förderung von länderübergreifenden Radschnellwegen. Damit schaffen wir auch eine höhere Zufriedenheit bei denjenigen, die nicht auf das eigene Auto verzichten können und wollen.

■ ein Hubsystem mit kommerziellen Logistikdienstleistern entwickeln, um die hohe Verkehrsbelastung durch die Anlieferung von Paketen direkt an die Tür zu senken. Ein Bestandteil soll dabei die Zustellung in den Stadtteilen z.B. von durch lokale Dienstleister mit Lastenrädern o. ä. sein.

■ die Stadt als Vorreiter für eine Verkehrswende: Um Städtische Mitarbeiter zu ermuntern, den ÖPNV für den Arbeitsweg zu nutzen, soll in Karlsruhe die Stadt die Bezuschussung zwischen PKW-Stellplatz (50 %) und Förderung KVV-Jahreskarte (12 % + 16 € / Monat) mindestens angleichen, wenn nicht sogar den ÖPNV besser stellen. Weiter soll ein Modell erarbeitet werden, welches Angestellte für die Nutzung des Fahrrads belohnt.

■ die Erhöhung der Parkgebühren im Innenstadtbereich, ausgenommen davon sollen Anwohner*innen sein.



VII. Gesundheit ist keine Ware - Pflegenotstand stoppen.

Eine wohnortnahe medizinische Versorgung der Bevölkerung – auch für psychisch und chronisch kranke Menschen – ist das zentrale Anliegen linker Gesundheitspolitik. Allerdings wird die Gesundheitsversorgung immer mehr unter Druck gesetzt: Die Ausrichtung des Gesundheitswesens auf die freie Marktwirtschaft und Profit führt dazu, dass immer mehr Krankenhäuser geschlossen werden. Die Versorgung wird damit laufend verschlechtert. Die Personalsituation in den bestehenden Krankenhäusern verschärft sich durch die schlechten Arbeitsbedingungen nach wie vor. Dies geht zu Lasten von Personal und Patient*innen. Wir wollen den Pflegenotstand stoppen und Menschen statt Profit wieder in den Mittelpunkt stellen. Wir stehen solidarisch an der Seite von Pflegerinnen und Pflegern bei ihren Arbeitskämpfen. Um der problematischen Entwicklung wirksam entgegenzutreten zu können, braucht es öffentlichen und politischen Druck.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass

- die öffentliche Gesundheitsversorgung ausgebaut wird und Krankenhausschließungen verhindert werden.
- private Kliniken rekommunalisiert werden. Mit Pflege dürfen keine Profite auf Kosten der Patient*innen oder der Angestellten erwirtschaftet werden.
- ausgegliederte Bestandteile des Klinikums wie z. B. die Wäscherei wieder in das Klinikum integriert werden.
- die Personalsituation im städtischen Klinikum, die Entlohnung sowie die Arbeitsbedingungen verbessert werden.
- die Ausbildungssituation im Städtischen Klinikum wieder verbessert wird. Insbesondere soll Auszubildenden und Studierenden genügend Zeit für ihre eigentliche Ausbildung eingeräumt werden. Sie dürfen nicht als günstige Hilfskräfte eingesetzt werden. Hierfür müssen mehr qualifizierte Ausbilder*innen zur Verfügung stehen, die sich ausschließlich um die Ausbildung des künftigen medizinischen Personals kümmern. Weiterhin müssen die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen für Auszubildende und Studierende verbessert werden.
- Allgemeinmediziner*innen und Fachärzt*innen in allen Stadtteilen gezielt auch in „Ärztelhäusern“ in Sinne von „Polikliniken“ angesiedelt werden.

■ auch Hebammen städtische Förderung und Unterstützung zur Ausübung ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit erhalten. In Zusammenarbeit mit den „Familien entlastenden Diensten“ der Stadt soll jungen Familien und Alleinerziehenden optimale Hilfe angeboten werden. Dazu gehört die Bereitstellung benötigter Räumlichkeiten und die Unterstützung bei administrativen Tätigkeiten. Die Stadt muss ihre Einflussmöglichkeiten ausschöpfen, um Hebammen, die nicht freiberuflich arbeiten wollen, in der städtischen und in privaten Kliniken einen guten und abgesicherten Arbeitsplatz zu ermöglichen.

■ in Karlsruhe ein ärztliches Angebot zum legalen Schwangerschaftsabbruch sichergestellt wird. Wir werden uns auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass §219a des Strafgesetzbuches (StGB) abgeschafft wird.

■ Altenpflege wieder von Einrichtungen der öffentlichen Hand wahrgenommen wird und sowohl Entlohnung als auch Arbeitsbedingungen verbessert werden.

■ quartiersbezogene kommunale Pflegestationen geschaffen werden, die wohnortnah mobile Pflege für alte, kranke und Menschen mit Behinderungen organisiert und gewährleistet.

■ die Stadt Personalstellen schafft, um Angehörigen eine Unterstützung bei der Pflege zu Hause anbieten zu können.

■ Selbsthilfegruppen und Patient*inneninitiativen unterstützt werden und Präventionsmaßnahmen zu übertragbaren Krankheiten oder Infektionen wie HIV weiterentwickelt werden.

■ Suchtprävention und Betreuung von Suchtkranken (einschließlich psychologischer Betreuung) als gesellschaftliche und kommunale Verpflichtung verstanden wird. Ebenso soll neben Gesundheitskontrolle und Seuchenpräventionen auch der gesundheitliche Umweltschutz als kommunale Aufgabe wahrgenommen werden.

■ die Aids-Hilfe finanziell gestärkt wird.

■ kommunale Gesundheits- und Ernährungsberatung gefördert wird. Die Angebote für Prävention, Erweiterung des Impfschutzes und gesundheitlichen Verbraucherschutz sollen erweitert werden.

■ regelmäßig eine öffentliche kommunale Gesundheitsberichterstattung erfolgt.

■ im städtischen Klinikum kostenloses WLAN eingerichtet wird.

VIII. Vorteile der Digitalisierung nutzen – für alle.

Die Digitalisierung eröffnet viele Möglichkeiten und Vorteile für das alltägliche Leben. Wir als LINKE wollen, dass diese von allen genutzt werden können. Ohne Zugang zum Internet und den digitalen Diensten droht vielen Menschen soziale Ausgrenzung. Als LINKE erachten wir die Verbindung zum Internet und somit den digitalen Angeboten als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ähnlich wie Elektrizität und fließendes Wasser.

Datensouveränität statt Datenmissbrauch.

Der Handel mit Daten ist eines der lukrativsten Geschäftsmodelle im 21. Jahrhundert. Google, Facebook & Co. erheben und verwenden zum Teil höchst sensible Daten. Die Bürger*innen können nur erahnen, wie diese Daten verwendet werden. Wir wollen, dass die Souveränität über die Daten wieder bei den Bürger*innen liegt.

Deshalb fordert DIE LINKE

■ die Stadt darf keine Daten an private Unternehmen verkaufen und durch Projektvergaben oder Kooperationen die Aneignung der Daten von Karlsruher Bürger*innen durch Dritte ermöglichen. Wenn private Unternehmen Daten von Bürger*innen infolge unumgänglicher Projektvergabe erheben können, soll die Stadt vertraglich verankern, dass ihr die Daten zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren ist dafür Sorge zu tragen, dass Daten, die im Zuge solcher Projekte anfallen, robusten Datenschutzrichtlinien unterworfen werden und deren Einhaltung durch die Stadt kontrolliert wird.

■ die Reduzierung von Videoüberwachung im öffentlichen Raum.

■ die Ernennung eines unabhängigen Datenschutzbeauftragten für die Stadt.

■ dass der Einzelne aktiv entscheiden soll, welche Daten er zur Verfügung stellt und welche nicht („Opt-in“), statt des Abgreifens aller Daten als Normalfall, falls kein Widerspruch erfolgt: Dem Bürger soll die Wahl ermöglicht werden, welche Daten die Stadt benutzen darf und welche nicht. Eine Möglichkeit zur Verwirklichung ist der Aufbau einer eigenen städtischen Online-Plattform, wie in Barcelona geschehen.

■ die Einführung eines Transparenzportals der Stadt Karlsruhe (nach dem Vorbild Hamburgs), auf welchem die Stadt alle ihre Informationen als maschinenlesbare Daten veröffentlicht. Außerdem soll sie die kommunalen Eigenbetriebe zur Veröffentlichung von anonymisierten Daten verpflichten, damit auch Bürger*innen diese nutzen

können. Dies ist auch Grundvoraussetzung bei gemeinsamen Projekten mit privaten Unternehmen, um eine Datenhoheit und Monopolstellung einzelner Unternehmen zu vermeiden.

Der kostenlose Internetzugang gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

Der Zugang zum Internet ist mittlerweile in vielen Bereichen eine Notwendigkeit. Die Teilhabe aller an dieser Entwicklung muss gewährleistet werden.

DIE LINKE will deshalb

■ den Ausbau des öffentlichen WLANs mit dem Ziel im gesamten Stadtgebiet kostenfreies, sicheres WLAN mit hohem Datenschutzstandard zu ermöglichen. Ein Internetzugang muss für alle Bürger der Stadt, auch mit geringen wirtschaftlichen Mitteln, gewährleistet sein. Für DIE LINKE ist dies Teil des staatlich garantierten Existenzminimums sein.

■ das energische Vorantreiben des Breitband- und Glasfaserausbaus. Der Grundstein von Digitalisierung ist eine leistungsfähige Infrastruktur. Das Ziel soll sein, eine flächendeckende Breitbandversorgung bis zu 100 Mbit pro Sekunde möglichst schnell zu erreichen. Dazu müssen bei allen Baumaßnahmen konsequent Glasfaserkabel mitverlegt werden.

■ staatlich finanzierte Glasfasernetze, die genossenschaftlich oder als öffentliches Eigentum betrieben werden. Diese müssen diskriminierungsfrei vermietet werden, wie es bei der Energieversorgung, z. B. den Stadtwerken, üblich ist.

■ die Unterstützung des Projekts „Freifunk“ durch die Stadt Karlsruhe. Als Maßnahmen hierzu zählen u. a. die Öffnung der städtischen Gebäude für Freifunk zur Installation der notwendigen Hardware.

■ die Umwandlung des gesamten Telekommunikationsnetzes zu öffentlichem Eigentum in kommunaler Hand.

■ den Ausbau von Ladestationen für mobile Endgeräte in der Stadt, in Bussen und Bahnen.

Innovationen für das digitale Zeitalter.

Der technologische Wandel hat weitreichende Folgen für fast alle Lebensbereiche. Als LINKE sind wir davon überzeugt, dass aus technologischem Fortschritt auch wirklicher, gesellschaftlicher Fortschritt erwachsen kann – wenn die technologischen Potentiale im Sinne der Menschen und nicht des Kapitals genutzt werden.

Wir wollen Innovationen, die nicht nur einigen wenigen Großkonzernen, sondern der breiten Allgemeinheit nutzen, die die sozialökologische Transformation der Wirtschaft vorantreiben und die einen Beitrag dazu leisten, die Digitalisierung menschenfreundlich zu gestalten.

Die LINKE fordert deshalb

■ die Gründung eines kommunalen Innovationsfonds für nicht-profitorientierte Projekte, die gesellschaftliche Verbesserungen in den Bereichen Soziales und Nachhaltigkeit mit sich bringen und in die Gesellschaft hinein wirken wie Repair-Cafés, solidarische Landwirtschaft und FabLabs. Dabei sollen Projekte, die mit alternativen Eigentums- und Arbeitsorganisationsformen experimentieren (z. B. Akteure aus der Solidarökonomie, gemeinwohlorientierten Vereinen und dem Genossenschaftswesen) besonders unterstützt werden. Die Förderung beinhaltet sowohl finanzielle Unterstützung als auch nicht-finanzielle Unterstützung wie Netzwerke und Beratungen durch die Stadt und anderer Träger. Die Fördermittelvergabe erfolgt durch ein Gremium, besetzt durch Stadt, Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft, Sozial- und Umweltverbänden, weitere zivilgesellschaftliche Akteure (z. B. Vertreter der solidarischen Landwirtschaft, der Kreativ- und Genossenschaftsszene) und der Bürgerschaft, deren Präferenz mittels Online-Beteiligung abgefragt wird.

■ dass Ausschreibungen für Projekte im Bereich der Digitalisierung – falls sie nicht durch städtische Träger erledigt werden können – so gestaltet werden, dass lokale kleine und mittelständische Unternehmen eine Chance haben. Insbesondere sollen dabei soziale Kriterien wie Tarifverträge, Arbeitnehmervertretungen und Betriebsräte berücksichtigt werden.

■ die Entwicklung von Sharing-Angeboten in öffentlicher Hand als Alternative zu profitorientierten Angeboten z. B. wie bei „Freifunk“ bei gleichzeitig stärkerer Reglementierung von AirBnB und weiterer Anbieter.

■ den Ausbau der Kooperation zwischen Stadt, Universität und Hochschulen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen zur weiteren Verbesserung digitaler Bürgerservices.

■ eine vielfältige Unterstützung lokaler kleinerer und mittlerer Unternehmen bei der Digitalisierung.

■ die gemeinsame Entwicklung von Gegenmaßnahmen mit dem lokalen Einzelhandel zum konzerngesteuerten Onlinehandel wie z. B., welcher gerade den lokalen Einzelhandel bedroht und damit zu Arbeitslosigkeit von Selbstständigen

und Mitarbeiter*innen, zur Abnahme der Vielfalt von Einkaufsmöglichkeit in der Stadt und mittelfristig zu sinkenden Gewerbesteuererträgen der Stadt führt.

Karlsruhe für die digitale Zukunft vorbereiten.

Die Digitalisierung bietet für die Kommunen enorme Möglichkeiten, um die Stadt zu einem lebenswerteren Ort zu machen. DIE LINKE begrüßt die gemachten Schritte und will auf diesen aufbauen.

Die LINKE fordert deshalb

■ den mittelfristigen Umstieg der städtischen Behörden auf die Nutzung von Open-Source-Software. Dies ermöglicht Kosteneinsparungen und hohe Sicherheitsstandards, schafft Unabhängigkeit von globalen Konzernen und bietet Bürger*innen die Möglichkeit zur Mitgestaltung.

■ den Aufbau eines Digital Office der Stadt, das vor allem Projekte in den Bereichen Verkehr, Abfallwirtschaft usw. vorantreibt.

■ das E-Government zu stärken: Die Digitalisierung möglichst vieler Behördengänge vorantreiben bei gleichzeitigem Ausbau der personellen Ausstattung von Bürgerbüros. Wir wollen hierfür eine Open-Source-Lösung mit möglichst vielen offenen APIs (Schnittstellen).

■ eine Verbesserung der finanziellen und personellen Ausstattung der Ämter, um Digitalisierungsprojekte zügig vorantreiben zu können.

■ dass die Stadt sich nicht dem neoliberalen Konzept von Smart Cities anschließt. Wir wollen nicht, dass große Unternehmen über die Daten der Stadt und ihrer Einwohner*innen regieren und sie ohne Kontrolle alleinig nutzen können. Stattdessen wollen ein alternatives Smart City Modell entwickeln, in dem die Stadt eine Digitalisierung basierend auf den gesellschaftlichen Bedürfnissen vorantreibt und nicht auf Basis von Profitinteressen der Konzerne.

■ den Ausbau der Fortbildungsangebote zum Themenfeld Digitalisierung für die städtischen Angestellten.

■ den Ausbau der städteigenen Informationsplattformen unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit.

■ eine Ende-zu-Ende-verschlüsselte und damit sichere Kommunikation mit Ämtern.

■ den Ausbau der finanziellen Förderung von Vereinen und zivilgesellschaftlichen Initiativen im Bereich der digitalen Aufklärungsarbeit über Technik, Medienkompetenz und Datenschutz.

die Stärkung von Schulungszentren zur Förderung von Medienkompetenz und Datenschutzbewusstsein für Personen jeglichen Alters.

Mehr E-Demokratie wagen.

Obwohl gerade auf kommunaler Ebene die Möglichkeit der Einbindung von Bürger*innen in demokratische Entscheidungsprozesse möglich ist, findet dies oftmals nicht statt. LINKE Politik bedeutet auch immer die Demokratisierung aller Lebensbereiche. Wir wollen die Menschen ermutigen, ihre Meinungen einzubringen und aufzeigen, dass Veränderung möglich ist, damit sich alle daran beteiligen können. Das Internet eröffnet neue Möglichkeiten zum Ausbau einer partizipativen Demokratie. Dabei ist E-Demokratie kein Allheilmittel. Sie verhindert nicht, dass Teile der Gesellschaft, darunter besonders diejenigen, die in prekären Situationen leben, oft nicht mehr an demokratischen Prozessen teilnehmen. Deshalb muss der Ausbau von E-Demokratie flankiert werden von großen Anstrengungen, Nichtwähler*innen wieder in politische Meinungsbildungsprozesse einzubinden.

DIE LINKE tritt deshalb ein für

- die Onlineübertragung und Archivierung aller Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse, sowie verstärkte Kommunikation von Entscheidungen über soziale Medien, wobei die Hauptinformationsquelle neben der Stadtzeitung die eigene Website der Stadt sein soll.
- den Aufbau einer Open-Source-Plattform zur Vernetzung und Kommunikation innerhalb der Bürgerschaft und der Stadtteile.
- den Ausbau des Online-Beteiligungsportals der Stadt zum Einholen von Meinungen der Bürgerschaft bis hin zu einer Open-Source-Plattform für die Einreichung von Vorschlägen zur Verbesserung der Stadt. Ziel soll sein, dass die Bürger*innen selbst eigene Umfragen durchführen, politische Diskussionen führen, Bürgerbegehren starten sowie eigene Anträge einreichen können. Wir wollen diese Form der Partizipation stärken und für alle möglich machen. Deshalb wollen wir, dass ab einer zu definierenden Teilnehmezahl der Gemeinderat verpflichtet wird, über die vorgeschlagenen Maßnahmen und Initiativen zu diskutieren. Außerdem soll diese Plattform genutzt werden, um unsere Forderung eines Bürgerhaushalts umsetzbar zu machen. Die Stadt muss einen Maßnahmenkatalog erarbeiten, wie diese Form der Partizipation einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht wird, damit eine hohe Beteiligung aller gesellschaftlichen Milieus erreicht wird.
- den Ausbau von Onlinepräsenzen und die beratende und finanzielle Unterstützung von Bür-

gervereinen, Sport-, Musik-, und anderer Vereine bei der Digitalisierung, mit dem Ziel, die Präsenz in der Stadtgesellschaft zu erhöhen und einfachere Beteiligung durch Hinzugezogene zu ermöglichen.

Die digitale Bildung ermöglichen.

Die Bildungspolitik muss Kinder, Jugendliche und Erwachsene für eine zunehmend digitalisierte Welt fit machen. Die Stadt Karlsruhe hat mit ihren Investitionen in die Ausstattung der Schulen einen ersten richtigen Schritt unternommen. Dies reicht jedoch nicht aus.

Als LINKE fordern wir deshalb

- die weitere Erhöhung der Investitionen in die Ausstattung aller Schulen, inklusive Berufs- und Volkshochschulen, sowie Universität und Hochschulen mit Internetzugang, Computern, mobilen Endgeräten usw. Das muss mit der Unterstützung der Landesregierung geschehen.
- für jede*r Schüler*in einen Internetzugang.
- einen schnelleren Ausbau der Breitbandanschlüsse und des WLANs an allen Schulen. In Karlsruhe haben momentan lediglich 5 von 90 Schulen einen 200-Mbit/s-Anschluss.
- Die unbürokratische Vergabe von Endgeräten und WLAN für Schulklassen, wenn Lehrkräfte das digitale Lernen vorantreiben möchten. Weiter tritt DIE LINKE dafür ein, dass eine Beratungsstelle für das digitale Lernen eingerichtet wird. Hier erhalten Lehrkräfte, Eltern und Schüler die nötige Hilfe (von der Einrichtung des WLANs bis zur Konfiguration der Endgeräte). Im weiteren Prozess wird jeder Schule eine Cloud eingerichtet, über diese können Unterrichtsmaterialien ausgeteilt werden.
- die Erarbeitung eines ganzheitlichen pädagogischen Konzepts für die digitale Bildung unter Einbeziehung des Arbeitskreises Mobiles Lernen Karlsruhe sowie von Schulvertreter*innen, Lehrkräften, Schüler*innen, Azubis, Studierenden, Elternvertretungen und anderer zivilgesellschaftlicher Kräfte. Eine zentrale Frage ist, wie eine Stärkung der Medien- und Digitalkompetenz erreicht werden kann.
- qualifiziertes Fachpersonal für die Instandhaltung, Wartung und Verwaltung der IT-Infrastruktur. Dies kann nicht von Lehrkräften nebenbei gemacht werden.
- die kostenlose Bereitstellung von mobilen Endgeräten für Lehrkräfte, die das beantragen.
- eine deutliche Erhöhung des Verhältnisses von mobilen Endgeräten zu Schüler*innen. Viele Schulen haben nur Mindeststandard (gemäß MME2016) von drei Geräten pro Raum.

- den Ausbau digitaler Bildungsangebote für die gesamte Gesellschaft unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Kräfte und regionaler Unternehmen.
- die Entwicklung von digitalen Dienstleistungen und -portalen für die Bereiche Kitas und

Schulen, die den Alltag der Bürger*innen erleichtern.

- dezentrale Lösungen bei der elektronischen Lehr- und Lernassistenz. Bei dem Projekt ELLA hat die grün-schwarze Landesregierung völlig versagt und 9 Mio. € in den Sand gesetzt.

IX. Für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft.

Wir als LINKE treten für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft ein. Für uns stehen dabei zwei zentrale Aspekte im Vordergrund: Das Recht, nicht fliehen zu müssen. Und das Recht, fliehen zu dürfen. Das bedeutet für uns, dass wir uns dafür einsetzen, Fluchtursachen zu bekämpfen. Dies ist für uns keine Phrase, sondern bedeutet, dass wir uns auch in Karlsruhe gegen Rüstungsexporte, Kriege, Auslandseinsätze der Bundeswehr, ausbeuterische und kolonialistische Handelsverträge, den Klimawandel und Menschenrechtsverletzungen von Unternehmen und anderer Akteure einsetzen. Und es bedeutet, dass wir auch in Karlsruhe gegen die Abschottung Deutschlands und Europas kämpfen.

Wir streiten für sichere Fluchtwege, eine Seenotrettung, die ihren Namen verdient und für eine Gesellschaft, die Menschenrechte verwirklicht. Die geschlossenen Grenzen im Süden Europas sind mitverantwortlich für den Tod von über 30.000 Menschen. Dafür tragen auch die Bundesregierungen der vergangenen Jahre aus CDU, SPD, FDP und Grünen die Verantwortung. Wir werden dies nicht hinnehmen. Wir stehen an der Seite der Seebrückenbewegung, des Flüchtlingsrates, der selbstorganisierten Migrant*innen und Geflüchteten, der Seenotretter*innen und der vielen anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen.

In Karlsruhe wollen wir einen humanen Umgang mit Asylsuchenden und stehen für eine Willkommensstruktur und -kultur für alle ausländischen Mitbürger*innen.

Deshalb wollen wir als LINKE

- die dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden, die in der Landeserstaufnahme Karlsruhe ankommen. Dies soll sofort nach ärztlicher Erstversorgung und Stellung des Antrags auf Asyl geschehen. Sie sollen individuell betreut werden und nicht bis zu ihrer Anschlussunterbringung in „Lagern“ gehalten werden.
- einen Ausbau des Deutschunterrichts. Jede*r Geflüchtete soll einen Deutschkurs besuchen können, um für alle eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen.

- die Übernahme einer Patenschaft eines Schiffes der Seenotrettungsmission von der Stadt Karlsruhe und nicht für eine Korvette der Bundesmarine. Das ist die richtige Interpretation des vom Gemeinderat beschlossenen „Karlsruhe ist ein sicherer Hafen“ für Geflüchtete.

- Geld- statt Sachleistungen für Geflüchtete: Nur mit einem selbstbestimmten Leben können Geflüchtete sich eine neue Existenz aufbauen.

- uns gegen alle Abschiebungen des Regierungspräsidiums im Raum Karlsruhe einsetzen. Wir wollen, dass Karlsruhe dem Netzwerk der „Solidarity Cities“ beiträgt und alle dafür notwendigen Maßnahmen unternimmt. Dazu gehört vor allem, dass die kommunalen Behörden dazu angehalten werden, dass sie den Aufenthaltsstatus von Menschen nicht weiter kontrollieren und sog. „racial Profiling“ unterbleibt.

- die Einführung eines Ausweises, der genügt, um Leistungen der Kommunen wie z. B. Bibliotheken in Anspruch nehmen zu können. Auch Menschen ohne gültige Papiere sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

- Netzwerke, die der Selbstorganisation und Interessenvertretung von Geflüchteten sowie Migrantinnen und Migranten dienen, unterstützen und stärker finanziell fördern.

- Geflüchteten und Kindern mit Migrationshintergrund möglichst schnell den Regel-Unterricht an deutschen Schulen ermöglichen.

- die Vergabe der Stellen für das Integrationsmanagement (im Rahmen des Paktes für Integration) ausschließlich an freie Träger der Wohlfahrtsverbände, die nachgewiesene Qualifikationen im Bereich Integration vorweisen können, und nicht an Mitarbeiter*innen von Karlsruher Behörden. So kann die Qualität der integrativen Maßnahmen gesichert und Interessenskonflikte von Integrationsmanager*innen zwischen Zielvorgaben der Behörden und Durchsetzung von Interessen der Geflüchteten, vermieden werden.

- Druck auf die grün-schwarze Landesregierung aufbauen, damit diese keinen weiteren Abschottungsmaßnahmen wie sichere Herkunftsländer zustimmt.

- die Schaffung von mehr, vielfältigen und echten Partizipationsmöglichkeiten für Migrant*innen in Karlsruhe. Migrationsbeiräte sind als Baustein dieser zu schaffenden Partizipationsstruktur zu verstehen.

- die stärkere Unterstützung der Ausbildung von Geflüchteten durch die Stadt und dazu Schaffung von neuen Ausbildungsstellen.

- die Stärkung der Integrationsarbeit der Stadt durch eine verbesserte finanzielle und personelle Ausstattung sowie kontinuierliche Förderung von Projekten, die der Integrationspolitik von Menschen mit Migrationshintergrund dienen.

- den Ausbau der Beratungs-, Bildungs- und Un-

rant*innen durch freie Träger der Wohlfahrtsverbände, finanziert von der Stadt Karlsruhe.

- die Förderung von Beratungsstellen für Opfer von Diskriminierung und Gewalt.

- kommunales Wahlrecht für alle Menschen, die in einer Kommune leben. Migrant*innen müssen Zugang zu allen politischen und sonstigen Ämtern und Positionen haben.

- Vorgaben der Stadt zu anonymisierten Bewerbungsverfahren für Wohnungsbaugesellschaften. Noch immer werden Migrant*innen am Wohnungsmarkt systematisch benachteiligt.

- die Förderung von interkulturellen Austauschmöglichkeiten.

X. Antifaschismus muss praktisch werden – kein Platz für Rassismus.

Den Rechtsruck in Deutschland und Europa erleben wir auch hier vor Ort. Immer unverfrorener treten Rechtsextreme in der Öffentlichkeit auf, Kundgebungen und Aktionen von Neonazis häufen sich. Dazu gehören auch die Kandidaturen zu Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen. Der Rassismus will sich in der Mitte der Gesellschaft breit machen, Fremdenhass wird Alltag. Wir als LINKE stellen uns dem konsequent entgegen. Wir wollen diejenigen unterstützen, die sich dem Rechtsruck vielfältig widersetzen.

Deshalb fordern wir als LINKE, dass

- die Kommunen ein Teil von Bündnissen gegen rechts sind und diese finanziell fördern.

- zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen rechts engagieren, unterstützt werden. Die Stadt muss sich deutlich gegen die Kriminalisierung von Antifaschist*innen wenden.

- der Gemeinderat eindeutig Stellung gegen Nazis und Rassisten bezieht und selbstverständlich das Ziel verfolgt, zivilgesellschaftlich durch Blockaden Naziaufmärsche zu verhindern.

- alle demokratischen Parteien die Zusammenarbeit mit der AfD konsequent verweigern und diese in keiner Weise in den politischen Diskurs integriert. Es gibt kein Recht auf rassistische und menschenverachtende Propaganda, weder auf der Straße noch im Gemeinderat!

- die Antidiskriminierungsstelle Karlsruhe deutlich höhere finanzielle Mittel bekommt. Wir wollen fünf Vollzeitstellen schaffen und kontinuierlich die finanziellen Mittel erhöhen.

- eine aktive Erinnerungskultur über die Verbrechen des Faschismus und für den antifaschistischen Widerstand betrieben wird. Dazu gehören der Erhalt, die Pflege und der Ausbau aller antifaschistischen Gedenkstätten und eine

offensive Auseinandersetzung mit neofaschistischem Gedankengut und Geschichtsfälschung.

- intensive Aufklärungsarbeit über Rassismus, Antisemitismus und andere gruppen-bezogene Menschenfeindlichkeit und rassistische Organisation von der Stadt betrieben wird.

- die Wochen gegen Rassismus wieder jährlich stattfinden.

- alle Karlsruher Schulen dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus“ beitreten.

- Karlsruhe alle Handlungsmöglichkeiten nutzt, um rechtsextreme Demonstrationen, Konzerte oder ähnliches zu unterbinden.

- eine verbesserte Schulung von Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung zur Sensibilisierung diskriminierendes Verhaltens stattfindet und konsequent Verstöße geahndet werden.

- eine Aufarbeitung der Folgen des Radikalenerlasses geschieht, der viele Demokraten diskriminiert und der Arbeit beraubt hat.

- eine Aufarbeitung der Prozesse und die Einstellung aller Verfahren gegen Bürger*innen, die im Rahmen der Proteste gegen die Neonazis von „Kargida“ bzw. „Karlsruhe wehrt sich“ sowie gegen den „Tag der deutschen Zukunft“ engagiert haben, stattfindet. Außerdem wollen wir eine Aufarbeitung der Polizeigewalt während dieser Proteste.

- ein städtischer Fonds für Opfer von Diskriminierung und Gewalt eingerichtet wird.

- ein Projekte gegen Rassismus und Diskriminierung jeglicher Art gefördert werden.

- diskriminierungsfreie Standards im Sport, insbesondere im Kinder- und Jugendsport und im Bereich der Fankultur eingeführt werden.

XI. Karlsruhe antimilitaristisch – Frieden beginnt vor Ort.

Kriege schaffen immer unermessliches menschliches Leiden. Waffenexporte und Kriegseinsätze aus Deutschland fördern die Kriege auf der Welt nur weiter. Wir als LINKE stehen für eine konsequente Friedenspolitik, auch in Karlsruhe. Wir fordern die Stadt dazu auf, ganz klar Position zu beziehen gegen Aufrüstung und Konfrontation und für Abrüstung und Dialog.

Deshalb streitet DIE LINKE

- für die Umgestaltung oder Umwidmung aller Kriegsdenkmäler in Friedensdenkmäler sowie die Benennung von Straßen nach Pazifist*innen.
- für eine aktive Erinnerungsarbeit für Pazifismus und gegen Krieg und Militarismus.
- gegen die Patenschaft für eine Korvette der Bundesmarine. Karlsruhe soll stattdessen die Patenschaft für ein Schiff der zivilen Seenotrettung übernehmen.
- dafür, dass Karlsruhe die Partnerstadt Van in der Türkei unterstützt und Druck auf Bundes- und Landesregierung ausübt, damit diese die

Unterstützung des Erdoğan's Regimes sofort einstellt. Dazu gehört die Forderung nach Freilassung der gewählten und inhaftierten Bürgermeister*innen und Parlamentsabgeordneten.

- für den Stopp jeglicher Förderung von Unternehmen und Einrichtungen, die im Rüstungsbereich produzieren und forschen. Wir wollen diese auch nicht in unserer Stadt ansiedeln.
- für einen Stopp der Ansiedelung von Bundeswehr-Standorten in der Stadt.
- für ein Ende jeglicher Militärforschung an universitären und öffentlichen Einrichtungen jeglicher Art. Wir wollen eine Zivilklausel einführen.
- gegen das „Werben fürs Sterben“. Wir wollen keine Bundeswehr-Stände bei von der Stadt organisierten Ausbildungsmessen. Wir wollen ein Ende der Rekrutierung von Minderjährigen und junger Erwachsener durch die Bundeswehr an Schulen, Bildungszentren und Arbeitsagenturen. Außerdem wollen wir Bundeswehrwerbung im öffentlichen Raum generell unterbinden.

XII. Karlsruhe – sozial gerecht für alle.

Familienfreundliche Politik durchsetzen.

DIE LINKE will eine familienfreundliche Politik auch in Karlsruhe durchsetzen. Statt einer Familienpolitik vor allem für Gutverdienende stehen für uns dabei die Familien im Mittelpunkt, die kein oder nur ein geringes Einkommen haben. Wir wollen diese Familien schützen vor Armut jeglicher Art. Dies bedeutet für uns auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Jede Familie muss die Möglichkeit haben, mit ihren Kindern den Zoo zu besuchen, ins Kino zu gehen oder einen Ausflug zu machen. Nur so können Kinder, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, gleichberechtigt mit anderen aufwachsen.

Wir LINKE setzen uns daher ein für

- eine verbesserte Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung durch den Ausbau der Krippen, KITAs und Ganztageschulen.
- den kostenfreien Eintritt in Einrichtungen der öffentlichen Hand für Menschen im ALG-I oder ALG-II-Bezug.
- die Ergänzung des Landesfamilienpasses durch Ausweitung des Angebots der „Karlsruher Familienkarte“, damit künftig mehr Familien und Alleinerziehende mit ihren Kindern günstigere Eintrittspreise in vielerlei Einrichtungen in Anspruch nehmen können.

- eine Erweiterung des Karlsruher Kinderpasses, Karlsruher Passes und des Passes 60 Plus hinsichtlich des Leistungsumfanges und der Anspruchsberechtigten.
- kostenlose und ganztägige Freizeit- und Ferienangebote der Stadt für Kinder in den Schulferien und darüber hinaus, damit Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert wird.
- mehr beitragsfreie Mitmachangebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit für Kinder, die unter den schwierigen Lebensbedingungen einer Familie oder eines alleinerziehenden Elternteils in der Grundsicherung aufwachsen.
- den Ausbau und die Unterstützung von öffentlich geförderten Familienberatungsstellen, die Hilfe in Erziehungsfragen, Familienplanung, aber auch psychologische Dienste oder finanzielle Beratung anbieten.
- die jährliche Steigerung des städtischen Jugendhilfeeinsatzes zur Sicherung der Kontinuität und des steigenden Bedarfs an der Kinder- und Jugendarbeit.
- die Anpassung der Beratungs- und Hilfeleistungen des Allgemeinen Sozialdienstes an den steigenden Bedarf und die höhere Komplexität der Fälle.

■ bedarfsgerechte Angebote von Erziehungshilfen mit dem Fokus auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und der Befähigung der Eltern.

■ die gleichberechtigte Teilhabe von geflüchteten Kindern und Jugendlichen an den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe und die Stärkung von spezifischen integrativen Projekten, die für herkunftsspezifische Unterschiede, Fluchterfahrungen und Sprachbarrieren sensibilisiert sind.

■ eine familienspezifische, bedarfsgerechte Familienberatung, die den besonderen Lebenslagen von Alleinerziehenden, Patchwork- und Regenbogenfamilien gerecht wird.

Gutes und würdevolles Leben im Alter.

Die Altersarmut in Deutschland nimmt massiv und rasant zu. Dies ist eine Folge der Agenda-2010 der ehemaligen Bundesregierung aus SPD und Grüne. Wir wollen nicht nur auf der Bundesebene durch eine Erhöhung der Mindestrente vor Altersarmut schützen, sondern auch hier vor Ort. Niemand darf in Armut leben, erst recht nicht in einer so reichen Stadt wie Karlsruhe.

Wir als LINKE wollen daher

■ die Einrichtungen von Senior*innenbeiräten, die bei allen Belangen, die Senior*innen betreffen, gehört werden müssen.

■ die besondere Unterstützung von Senior*innen, die von Altersarmut betroffen sind. Diese sollen kostenlosen Eintritt in Einrichtungen der öffentlichen Hand wie Museen, Zoos usw. erhalten. Hierzu sollen die Leistungen des Karlsruher 60Plus Passes und der Kreis der Anspruchsberechtigten ausgebaut werden.

■ ein Tarifsystem im ÖPNV, das für Senior*innen bezahlbar ist

■ ein attraktives Freizeitprogramm für Senior*innen in allen Stadtteilen, um eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bis ins hohe Alter zu ermöglichen.

■ eine stadtteilnahe Versorgung. Dazu gehören die Geschäfte für den täglichen Bedarf. Die Ansiedelung bisher fehlender Geschäfte muss von der Stadt gefördert werden.

■ dass die Pflege von alten Menschen nicht privaten, profitorientierten Unternehmen obliegt. Die Kommune muss alternative Pflegemodelle unterstützen, z. B. genossenschaftliche Pflegedienste.

■ die Förderung von Angeboten im Stadtteil wie Hilfen im Alltag, Senior*innentreffs, usw.

■ die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen Wohnungsbaus.

■ den Bau von wesentlich mehr altersgerechten Wohnungen und den Umbau bestehender Wohnungen.

■ die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum, die generationenübergreifend ansprechend sind.

Inklusion verwirklichen statt Ausgrenzung.

Die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung muss in allen Lebensbereichen bedacht werden. Dazu gehören Verkehrsplanung und Städtebau ebenso wie die Errichtung von Bildungsstätten oder die Wirtschaftsförderung. Die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung muss als selbstverständliche und beständige Aufgabe der kommunalen Verwaltung umgesetzt werden.

Als LINKE wollen wir

■ die Berufung von Menschen mit Behinderungen z. B. aus Behindertenverbänden in die Ausschüsse der Stadt, um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu begleiten.

■ den bedarfsgerechten Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und in der Kommunikation für Menschen mit Behinderung.

■ das Angebot von barrierefreiem Wohnraum zu leistbaren Mieten durch die organisierte Wohnungswirtschaft erhöhen.

■ eine bessere Entlohnung und qualitativ verbesserte Rahmenbedingungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderung.

■ eine inklusive Gemeinschaftsschule. Dafür muss ein entsprechender Schlüssel für qualifiziertes Personal berücksichtigt werden.

■ eine Beschäftigungsquote von Menschen mit Schwerstbehinderung bei der Ausschreibungen.

■ einen kostenfreien Fahrdienst für Menschen mit Behinderung, um eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

■ eine kommunale Unterstützung von Sportvereinen, Freizeitgruppen und Kultureinrichtungen, die sich für Menschen mit Behinderung öffnen sowie für selbstbestimmte Zusammenschlüsse von Menschen mit Behinderung.

■ inklusive Freizeit- und Beratungsangebote erhalten und ausbauen.

■ die Schulen gemäß der UN-Konvention für inklusive Bildung öffnen.

■ den Ausbau der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung in Komplexkindertagesstätten.

■ mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben.

XIII. Für einen linken Feminismus.

Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit.

Die wachsende Armut in diesem Land trifft besonders Frauen. Viele von ihnen arbeiten in Jobs mit niedrigen Löhnen oder sind häufiger in unfreiwilliger Teilzeit. Zudem sind Frauen im Ruhestand besonders oft von Altersarmut betroffen. Besonders zu kämpfen haben Alleinerziehende, denn sie haben das größte Armutsrisiko in Deutschland. Die Ursachen liegen unter anderem darin, dass unbezahlte gesellschaftliche Arbeit (Erziehung, Pflege von Angehörigen, Haushalt) nach wie vor hauptsächlich Frauen zugeschrieben und von ihnen übernommen wird. Eine weitere Ursache ist die ungerechte Bezahlung von gesellschaftlich wichtiger Arbeit, die besonders oft Frauen leisten, wie die Kranken- und Altenpflege oder Kindererziehung.

Geschlechtergerechtigkeit spielt oft eine untergeordnete Rolle in politischen Gremien, u.a. weil zu wenig kommunale Mandatsträger Frauen sind und weil sich Männer bislang zu wenig zuständig fühlen. Wir als LINKE streiten für echte Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit.

Deshalb setzt sich DIE LINKE ein für

- eine kommunale Verwaltung, die in allen ihren Bereichen ein Vorbild für existenzsichernde und abgesicherte Arbeitsplätze für Frauen und Männer darstellt. Dazu gehören anonymisierte quotierte Bewerbungsverfahren, die Diskriminierung jeglicher Art zu vermeiden helfen.
- eine kommunale Verwaltung, die Gleichstellung der Geschlechter fördert, indem Familien- und Berufsarbeit für Frauen und Männer gleich gut vereinbar sind. Wir fordern eine Quotierung auf allen Beschäftigungsebenen und dass die Kommune als Auftraggeberin in der Wirtschaft Geschlechtergerechtigkeit fordert und fördert.
- eine Besetzung der Hälfte aller Gremien (Gemeinderat, Ausschüsse und Aufsichtsräte) und Leitungspositionen in der Verwaltung mit Frauen. Um dies zu erreichen, fordert DIE LINKE gute Fortbildungsmaßnahmen, die sich auch speziell an Frauen richten, die bereits in der Verwaltung tätig sind.
- den Ausbau der KITAs und der Freizeit- und Ferienangebote für Kinder, der Anpassung der Betreuungszeiten an die Arbeitszeit und ein verbessertes Angebot der Ganztagschulen.
- bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen von Erzieher*innen und Pfleger*innen. Dazu ge-

hören auch mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung. DIE LINKE arbeitet auf diesem Feld eng mit den Gewerkschaften zusammen.

- die Erarbeitung eines Maßnahmenkataloges zur besonderen Unterstützung von Alleinerziehenden u.a. bei der Wohnungssuche, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall.
- eine Überprüfung aller Maßnahmen der Stadt auf ihre Auswirkungen auf Geschlechtergerechtigkeit (Gender Budgeting), um dadurch eine gerechtere Verwendung von Steuergeldern zu erreichen.

Gegen Sexismus – Leben frei von Gewalt.

Wir als DIE LINKE wollen, dass Menschen gewaltfrei und vertrauensvoll zusammenleben und sich selbstbewusst in der Welt bewegen können. In einer patriarchalen Gesellschaft aber sind vor allem Frauen einem alltäglichen Sexismus und sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Dies sind Mittel der Machtausübung, ebenso wie die sogenannte „häusliche Gewalt“, die viele Frauen und Kinder erleben. Dass auch Männer Gewalt durch Frauen erleben, ist bislang ein stark tabuisiertes Thema.

DIE LINKE setzt sich für alle Formen der Bekämpfung und Prävention von Gewalt gegen Menschen ein. Betroffene brauchen einen sicheren, schnellen und bedarfsgerechten Schutz und qualifizierte Hilfe. Die Konsequenzen aus der „Istanbuler Konvention“, einer EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und „häuslicher Gewalt“, sind auch auf kommunaler Ebene zu prüfen und entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

DIE LINKE fordert

- den Ausbau von Frauenhäusern, Zufluchtsorten und Fachberatungsstellen für Menschen, die von Gewalt betroffen bzw. bedroht sind sowie eine langfristige finanzielle Absicherung dieser Einrichtungen seitens der Kommunen.
- ein Verbot sexistischer Werbung in Publikationen der Stadt, ihrer Eigenbetriebe und Gesellschaften sowie im öffentlichen Raum durch Verankerung in den Städtewerbungsverträgen.
- kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln.
- eine bedürfnisorientierte Unterbringung und ausreichend Schutzräume für geflüchtete Frauen und Kinder.
- einen Notrufknopf an Karlsruher Bahn- und Bushaltestellen.

■ dass Zwangsprostitution als Menschenhandel bekämpft wird, ohne die zur Prostitution gezwungenen Menschen zu bekämpfen. DIE LINKE will Opfer von Menschenhandel besser schützen. Für die Betroffenen von sexueller Ausbeutung fordern wir Therapiemittel, medizinische und psychologische Betreuung, Rechtsbeistand und Rechtshilfe, Zugang zu sozialen Leistungen und Bildungsangebote.

Für einen legalen Schwangerschaftsabbruch.

Wir wollen, dass die sexuelle Selbstbestimmung der Frauen gewahrt wird. Solange der Schwangerschaftsabbruch noch im deutschen Strafbuch steht und die Aufklärung zu straffreien Abbrüchen illegalisiert wird, ist Frauen ein ausreichendes Informationsangebot verwehrt.

Daher fordert DIE LINKE

- den bedarfsgerechten Zugang zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen. Dies bedeutet eine Sicherstellung der Versorgung auch bei mangelndem Angebot von niedergelassenen Ärzt*innen.
- die Fortbildung von Ärzt*innen im Bereich des Schwangerschaftsabbruchs, um eine ausreichende Versorgung sicherzustellen.
- auf der Webseite der Stadt eine umfassende Auflistung von Ärzt*innen, die einen Schwangerschaftsabbruch anbieten oder über die Möglichkeit der Entscheidungshilfe informieren
- dass die Kommune sich für den Schutz der Ärzt*innen vor einer Verfolgung nach §219a StGB einsetzt.

XIV. Queer - Gleichberechtigung für alle Lebensweisen.

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist gesellschaftliche Realität. DIE LINKE setzt sich für die Gleichberechtigung aller Lebensweisen ein. Daher setzen wir uns in der Kommune für eine gleichberechtigte Achtung queerer Lebensweisen ein (Lesben, Schwule, bi-, trans- und intersexuelle Menschen). Leider erfahren queere Menschen auch heute noch regelmäßig Diskriminierung und sexualisierte Gewalt. Daher wenden wir uns gegen jegliche Diskriminierung, ob privat, in der Schule oder am Arbeitsplatz.

Wir setzen uns als LINKE dafür ein, dass

- die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und queeren Organisationen gestärkt wird.
- die Förderung für schwul-lesbischen Begegnungs- und Beratungsstellen und regelmäßiger Gesprächsforen ausgebaut wird.
- vielfältige Geschlechteridentitäten in der kommunalen Verwaltung berücksichtigt werden, nicht zuletzt auch in Schrift und Sprache. Die

nicht mehr zeitgemäße Einteilung in ein binäres Geschlechtersystem stellt für Trans- und Interpersonen eine alltägliche Barriere da.

- Schutzräume für homosexuelle sowie trans- und inter-geschlechtliche Flüchtlinge bereitgestellt werden.
- Beratungsangebote für sexuelle und geschlechtliche Identitäten öffentlich gefördert und eingerichtet werden. Dieses Beratungsangebot richtet sich auch an Personen, die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Identität erfahren.
- Präventionsprojekte und Organisationen umfassend unterstützt werden, die sich mit der Hilfe für Gewaltopfer beschäftigen.
- queere Lebensweisen in der Bildungs- und Erziehungsarbeit akzeptiert und sichtbar werden. DIE LINKE stellt sich konsequent gegen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

XV. Kultur schaffen und erleben.

Vielfältige Kulturlandschaft für alle.

DIE LINKE tritt für eine Kulturpolitik ein, die sowohl die großen Kulturinstitutionen, wie das Staatstheater, als auch eine selbstorganisierte Kulturszene aus u. a. freien Theatern, Kulturvereinen und Soziokultur, miteinschließt und allen Akteur*innen / Agierenden den Raum zur Entfaltung bietet.

Gleichzeitig treten wir als LINKE dafür ein, dass Kultur zugänglich für alle Bürger*innen der Stadt Karlsruhe sein muss – es kann nicht sein, dass der Zugang zu Kunst und Kultur zuneh-

mend nur vom Geldbeutel und sozialer Situiertheit bestimmt wird. Die Vielfalt der Kulturszene in Karlsruhe leidet massiv darunter, dass öffentliche Unterstützung immer unsicherer wird und die Selbstausbeutung von Künstler*innen zunimmt.

Die Stadt kann aber dafür sorgen, dass im kommunalen Kino und in öffentlich geförderten Theatern, Museen, Projekten und Einrichtungen viele weitere attraktive Zugänge zu Kunst, Kultur und sinnvoller Freizeitgestaltung geöffnet werden, die tatsächlich für alle offen und zugänglich

sind. In diesem Sinne versteht DIE LINKE Kultur als Pflichtaufgabe der Kommune, denn nur mit einer vielfältigen, zugänglichen Kulturlandschaft kann Karlsruhe eine attraktive und lebenswerte Stadt sein.

Kunst- und Kulturschaffende sollen in Karlsruhe gute Lebens- und Arbeitsbedingungen vorfinden. Derzeit dominieren im Kultursektor prekäre Beschäftigungsverhältnisse durch projektbezogene Aufträge, eine geringe soziale Absicherung und Löhne oftmals unterhalb der Existenzsicherung. Hier besteht Handlungsbedarf, denn ohne gut ausgebildetes Personal mit angemessener Bezahlung lässt sich die Qualität von Kultur in Karlsruhe nicht sichern.

Eines der größten Probleme für Kunst und Kultur in Karlsruhe ist neben der Kürzungspolitik der Raummangel. Kunst und Kultur darf nicht gegen Wohnen und Gewerbe ausgespielt werden, sondern muss eine gleichberechtigte Stellung einnehmen.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass

■ alle Kürzungen im Rahmen des Haushaltsstabilisierungsprozesses im Kulturbereich zurückgenommen werden.

■ eine soziale Preispolitik bei allen Kultureinrichtungen und ein breites Angebot von kostenlosen oder zumindest kostengünstigen Kulturveranstaltungen stattfindet.

■ Jugendliche unter 18 Jahren kostenfreien Eintritt in städtische Kultureinrichtungen haben.

■ Kultur für Menschen aller Alters- und Einkommensgruppen erfahrbar wird und vor allem für Familien kostengünstiger Eintritt in die Kultur- und Freizeitangebote wie das Badische Staatstheater, Museen, Zoos, Sportevents, Schwimmbäder ermöglicht wird. Wir wollen daher die Gebührenerhöhungen rückgängig machen und uns dafür einsetzen, dass ein vergünstigtes Kultur- und Freizeitangebot für Kinder, Auszubildende, Studierende, Erwerbslose, Geringverdiener, körperlich beeinträchtigte Personen und Rentner*innen ausgebaut wird.

■ die Stadt bei von ihr geförderten Institutionen gute Arbeitsverhältnisse schafft. Daher die Ablehnung von Einjahresverträgen und befristeten Verträgen sowie Stundenlöhnen von weniger als 15 €. Wir wollen die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Kulturbranche verbessern und die Arbeitnehmer*innenvertretungen in den Institutionen stärken.

■ die Kulturförderung durch die Stadt ausgebaut wird. Wir wollen die Förderung nach einem Mehrjahresplan für freie Träger verstärken, um

intensiver Kunstprojekte außerhalb der großen Institutionen zu fördern. Statt einer reinen projektbezogenen Kulturförderung wollen wir vor allem eine institutionelle Förderung, um prekäre Arbeitsbedingungen von Künstler*innen einzudämmen.

■ die Stadt sich bei der Kulturförderung nicht nur auf große Institutionen fokussiert, sondern auch kleinere Projekte stärker fördert.

■ die Stadt die Kreativwirtschaft in stärkerem Maße unterstützt und bspw. durch die Vermittlung preiswerter Gewerberäume für Kulturschaffende, Kunstwerkstätten und andere Hilfen die materiellen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen der Arbeit von Künstler*innen in Karlsruhe verbessert. Wir wollen Anlauf- und Beratungsstellen ausbauen.

■ die Stadt einen Investitionsfonds gründet, mit dem Flächen und Räumlichkeiten für Kunst und Kultur vom freien Markt zurückgekauft werden sollen.

■ die Stadt bei zukünftigen Neubauprojekten sicherstellt, dass auch neue Räumlichkeiten für Ateliers und Proberäume entstehen.

■ bei Entscheidungen über die zukünftige Nutzung von leer stehenden öffentlichen Räumen und Gebäuden der Bedarf an größeren Räumen für diverse kulturelle Veranstaltungen und die Kulturproduktion berücksichtigt wird, der für Vereine, Initiativen und freie Künstler*innen erschwinglich und leicht zugänglich sein muss.

■ die Stadt kostenfreie Räume schafft, in denen Künstler*innen Projekte verwirklichen können, ob hauptberuflich oder Bürger*innen in ihrer Freizeit. Raumbrachen sollen u. a. auch von Kulturschaffenden für Projektarbeiten genutzt werden können.

■ alternative, selbstorganisierte Kulturräume erhalten, ausgebaut und stärker gefördert werden.

■ Sperrstunden für Clubs und Kneipen abgeschafft werden.

■ die Stadt eine Strategie zur gezielten Ansiedlung kultureller Einrichtungen im Stadtzentrum zur Belebung der Innenstadt entwickelt z. B. in der Nähe des Kronenplatzes.

■ die Stadt den Bebauungsplan in Gewerbe- und Industriegebieten ändert, um eine kulturelle Nutzung von Räumlichkeiten in diesen Gebieten zu ermöglichen.

■ die Stadt den Aufbau eines Kulturhauses in freier Trägerschaft vorantreibt, welches Platz für Ateliers und Proberäumen bietet.

■ die Bereitstellung von öffentlichen Plätzen für soziokulturelle Feste und Veranstaltungen priorisiert wird - wider die schleichende Privatisierung des öffentlichen Raums.

■ leerstehende Gewerberäumlichkeiten in privater Hand, falls der*die Eigentümer*in keine Ambitionen zeigt diese zu vermieten, für die Zwischennutzung Künstler*innen zur Verfügung gestellt werden.

■ das bestehende Kulturangebot in der Innenstadt durch eine stärkere dezentrale kulturelle Versorgung der Stadtteile ergänzt wird.

■ die Stadt ein Konzept entwickelt, wie eine vielfältige Clubszene außerhalb des Mainstreams ermöglicht werden kann.

■ eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Musikschulen ermöglicht wird; Museen, Bibliotheken, kommunale Kultureinrichtungen wie auch deren dauerhafter Erhalt wie z. B. der des städtischen Kunstmuseums gewährleistet ist.

■ die Kultur in den Stadtteilen wieder mehr gefördert wird: z. B. mehr Jugendzentren, Mehrzweckkultureinrichtungen, Bibliotheken, sowie die Schaffung von nicht-kommerzieller Räumen, die von allen Bürger*innen zum Treffen genutzt werden können.

■ Bibliotheken als wichtige Faktoren und fester Bestandteil des Kulturlebens unserer Stadt erhalten und weiter gefördert werden.

■ Kreativkunst gefördert und die Eigenständigkeit des Kulturbereiches gewährleistet wird. In Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten und Schulen sollen verstärkt auch Kinder und Jugendliche Kunst erleben und selbst produzieren können.

■ die Stadt stärker Kunst- und Kulturprojekte mit Kindertagesstätten und Schüler*innen fördert, speziell in wirtschaftlich schwachen Stadtteilen mit hoher Erwerbslosigkeit.

■ ein Graffiti-Konzept seitens der Stadt mit Graffitikünstler*innen erarbeitet wird, um deutlich mehr Graffitiwände im öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen.

■ eine stärkere Förderung der Aufarbeitung des Faschismus und die Errichtung von Gedenkstätten an historischen Orten betrieben wird.

■ Kultureinrichtungen, z. B. das Badische Staatstheater, saniert werden, damit sie sowohl das kulturelle Angebot fortsetzen bzw. ausbauen als auch gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten ermöglichen können.

■ die Stadt einen finanziellen Sondertopf anlegt, um allen Karlsruher Kindern die Erlernung

eines Musikinstruments zu ermöglichen. Wir wollen die verstärkte Förderung des musischen Unterrichts durch die Bereitstellung entsprechender Räume durch die Stadt.

Alternative Jugendkultur stärken.

■ Wir wollen, dass Karlsruhe eine kinder- und jugendfreundliche Stadt ist. Für uns hat dabei die Schaffung von Bedingungen der Chancengleichheit für alle Kinder oberste Priorität. Dazu gehören Fragen eines qualitätsvollen Bildungsangebotes von den Kindertagesstätten über Grund- und weiterführende Schulen bis zu Angeboten der Berufsausbildung und der Hochschulentwicklung ebenso wie die Sicherung von Jugendfreizeitangeboten und, wo nötig, einer qualifizierten sozialen Betreuung und Beratung.

Wir als LINKE wollen

■ eine verbesserte Finanzierung von Jugendsozialarbeit und den Ausbau von Beratungsstellen.

■ unkommerzielle und attraktive Freiräume für Jugendliche schaffen. Diese Räume sollten von den Jugendlichen selbst gestaltet werden. Dazu gehören auch autonome Jugendzentren.

■ kostenlosen Eintritt für Kinder, Jugendliche, Auszubildende und Studierende in Einrichtungen in kommunaler Hand wie Schwimmbäder, Bibliotheken, Theater. Mit privaten Einrichtungen soll von den Kommunen über Möglichkeiten der Subvention gesprochen werden.

■ die Einrichtung von Kinder- und Jugendgemeinderäten, die selbstständig über die Vergabe von Haushaltsmitteln entscheiden können und fordern die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Förderung von eigenen Initiativen.

■ mehr Sport- und Freizeitplätze sowie die Bereitstellung von Räumlichkeiten zur Ausübung verschiedener Aktivitäten wie z. B. Fußball- und Skaterplätze.

■ Förderung der Jugendkultur (geeignete Flächen für Sprayer, Plätze für Skater, Übungsräume für Rock-Musik usw.).

■ die weitere Errichtung von Kinderspielplätzen und eine Verbesserung der Gerätesituation auf bestehenden Spielplätzen in allen Stadtteilen, die auch Kinder und Jugendliche mit Behinderung berücksichtigen.

■ die Förderung von ehrenamtlichem Engagement in der Jugendarbeit durch Bereitstellung einer angemessenen finanziellen Ausstattung und der Pflege einer Anerkennungskultur für Aktive.

■ den Ausbau von Jugendwerkstätten mit einem breiten Ausbildungsangebot. Träger dieser Werkstätten können sowohl die Stadt als auch

freie Träger werden. Solche Angebote richten sich in erster Linie an diejenigen, die innerhalb des bestehenden Systems schlechte Chancen haben.

Breitensport fördern statt Kommerz.

Für DIE LINKE ist der Sport und Sporttreiben ein soziales Recht der Menschen, dessen Wahrnehmung der sinnvollen Freizeitgestaltung und dem persönlichen Wohlbefinden dient. Sport kann das Selbstvertrauen stärken und die eigenen Fähigkeiten bewusst machen. Sport kann Barrieren überwinden, die Integration fördern und Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken. Die Aufgabe der Stadt ist dabei die Förderung von Freizeit- und Breitensport, Vereinssport und Nachwuchsförderung.

Das heißt für DIE LINKE

■ eine bedarfsgerechte und verlässliche Förderung der Amateursportvereine auf der Grundlage eines kommunalen Sportförderprogramms.

■ Unterstützung aller Karlsruher Profisportvereine. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für das städtische Leben.

■ eine bessere Ausstattung des Amateur- und Breitensports. Die Sportplätze und Sporthallen müssen schneller saniert werden. Es müssen neue Sporthallen/-anlagen gebaut werden.

■ in allen Sozialräumen Sportplätze in den Wohngebieten für den Freizeitsport zu erhalten; ggf. neu zu errichten. Die kostenlose Bereitstellung kommunaler Sportanlagen ist dabei Grundvoraussetzung.

■ Initiativen von Sportvereinen, ihre Sportstätten qualitativ zu verbessern, zu unterstützen.

■ dass die Stadt die Gebühren für eine Mitgliedschaft in einem Sportverein von jedem Kind für das 1. Jahr nach der Einschulung übernimmt. Dies soll dafür sorgen, dass mehr Kinder in den Vereinen sportlich aktiv werden.

■ die weitere Entwicklung von sportlichen Integrations- und Inklusionsprojekten in den Vereinen und Organisationen des Sports, um insbesondere Werte wie Toleranz, Respekt und Fairness in die Gesellschaft hinein zu tragen und zu vermitteln.

■ Förderung von Sportangeboten in den Stadtteilen, Senioreneinrichtungen, Schulen und Kitas durch mobile Angebote

■ dass Sportstätten für Menschen mit Behinderung barrierefrei zu gestalten sind.

■ einzutreten für die Einführung eines „Sportpasses“ in Karlsruhe, der finanziell Benachteilig-

ten den Besuch professioneller Sportveranstaltungen ermöglicht. Der Besuch von Sportveranstaltungen hat sich in unserer Gesellschaft zur kulturellen Teilhabe entwickelt. Daher will DIE LINKE diesen jeder und jedem ermöglichen.

■ einzutreten für eine bessere Unterstützung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Übungs- und Spielleiter*innen sämtlicher Sportarten. Ein Sport kann nur ordentlich erlernt und ausgeübt werden, wenn dieser von gut ausgebildeten Trainer*innen weitergegeben und Schiedsrichter*innen geleitet wird.

■ Sportliche Erfolge sind ein positives Image für die Stadt. Dazu gehören auch die erfolgreichen Leistungssportler*innen unserer Stadt sowie die erfolgreichen Vereine. Neben den sozialen und Image prägenden Funktionen, tragen viele Vereine in ihrer Arbeit auch einer weiteren Funktion des Sports zunehmend Rechnung. Ehemalige Leistungssportler sollen bei der Weiterentwicklung des städtischen Förderprogramms miteingebunden werden.

■ eine stärkere Gewaltprävention im Amateur- und Breitensport. Sport fordert und fördert einen fairen und respektvollen Umgang.

Eines der größten Bauvorhaben der Stadt ist das neue Stadion für den Karlsruher Sport-Club. DIE LINKE nimmt folgende Position dazu ein:

■ Ein Stadionneubau ist für die Zukunftsfähigkeit des KSC unumgänglich. Wir erkennen die Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung in Form eines Darlehens der Stadt beim Neubau an und unterstützen dies.

■ Der vom Gemeinderat beschlossene Finanzrahmen muss eingehalten werden.

■ Der bisher geltende Finanzplan für die Rückzahlung des städtischen Darlehens muss dringend überarbeitet werden. Eine Abschätzung der Ligazugehörigkeit des KSC muss aufgrund des enormen sportlichen Wettbewerbs in den Profiligen realistisch erfolgen. Die bisherige Einschätzung des zukünftigen Ligaaufenthalts des KSC ist kaum belastbar. Die Refinanzierungskalkulation des Stadions muss auf Grundlage eines dauerhaften Verbleibs des Karlsruher Sport-Clubs in der 2. und auch in der 3. Liga erfolgen – ein längerer Rückzahlungszeitraum muss hierzu eingeräumt werden. Ein Aufstieg in die 1. Liga sowie ein zweijähriger Verbleib ist zwar wünschenswert, aber keine Basis für eine sichere Rückzahlung des Kredits. Verschiedene Beispiele im Profifußball zeigen, dass eine unrealistische Einschätzung des sportlichen Erfolgs beim Stadionneubau enorme Risiken bis zur Insolvenz

mit sich tragen. Beispiele hierfür sind Alemannia Aachen und der 1. FC Kaiserslautern.

■ Beim Stadionneubau soll mittels Umfragen besonders auf die Bedürfnisse der Fans eingegangen werden. Der Stadionneubau hat sich nach den Fans zu richten, nicht andersherum.

■ Die Stadt soll mittels ihrer Rolle als Kreditgeberin den KSC dazu verpflichten, dass trotz neuen Stadions Steh- und Sitzplätze weiterhin günstig und im Rahmen ihres bisherigen Preisniveaus bleiben, damit der Profisport für alle Gesellschaftsschichten zugänglich bleibt. Eine Entwicklung der Ticketpreise wie in anderen internationalen Ligen z. B. in England bedroht dort zunehmend die Fankultur und der Profifußball entwickelt sich zu einer Sportart, die sich nur Reiche leisten können. Auch die Gastronomie gehört zum Besuch eines Fußballspiels dazu und muss kostengünstig sein.

■ Die Stadt Karlsruhe soll gemeinsam mit dem KSC für Inhaber des Karlsruher Passes, des Karlsruher Kinderpasses und des Karlsruher Pass 60 Plus zwei Freikarten für Ligaspiele des KSC zur Verfügung stellen. Auch Menschen mit geringem Einkommen sollte es ermöglicht werden, Spiele des KSC besuchen zu können.

■ Beim Erstellen des Sicherheitskonzepts soll mit den organisierten Fan-Strukturen zusammengearbeitet werden. Hier gilt es die Arbeit der sozialarbeiterischen Fanprojekte zu stärken und zu sichern. Maßnahmen wie personalisierte Tickets, Videoüberwachung im Stadion, zunehmende Repressionen usw. wie auch eine Kriminalisierung der Ultra-Strukturen lehnen wir ab.

■ Wir als LINKE treten dafür ein, dass die Stadt die Namensrechte des Stadions nicht verkauft. Der KSC soll auch in Zukunft im Wildparkstadion spielen – dies gehört zur Tradition des Vereins. Der KSC soll die Möglichkeit erhalten, die Namensrechte zum Marktwert zu erwerben.

■ Eine Bedingung für die städtische Unterstützung des Stadionbaus ist für uns, dass der KSC keine Ausgliederung der Profifußballabteilung vornimmt. Wir wollen, dass weiterhin die Mitglieder beim KSC entscheiden. Dafür soll sich die Stadt beim KSC einsetzen.

■ DIE LINKE setzt sich entschieden gegen die Kommerzialisierung des Fußballs ein. Diese gefährdet den Status des Fußballs als Volkssport. Wir fordern den KSC dazu auf, alles Mögliche zu tun, um die Tradition des Vereins zu wahren. Die Interessen der Fans müssen im Mittelpunkt aller Entscheidungen stehen, nicht die Profite und Kapitalinteressen.

■ Im Stadion muss eine gemeinsame Anlaufstelle von Stadt und KSC während sportlicher Ereignis-

nisse für Betroffene von Gewalt und Diskriminierung geschaffen werden.

■ DIE LINKE setzt sich für eine klare Positionierung des KSC und anderer Profisportvereine gegen Diskriminierung jeglicher Art ein. Es bleibt dabei: Kein Fußball den Faschisten! Nazis raus aus den Stadien!

■ DIE LINKE spricht sich dafür aus, dass die Stadt einen Teil des vom KSC zurückbezahlten Kredits zu Investitionen in den Amateursport aktiv nutzt.

■ Die Stadt soll sich beim KSC dafür einsetzen, dass dieser verstärkt den Kontakt und Kooperation mit dem Amateursport ausbaut. Dazu gehören vermehrt Familientage sowie beispielsweise Freikartenkontingente für Amateurvereine für Ligaspiele des KSC.

Vereine erhalten und stärken.

Vereine leisten einen unverzichtbaren Beitrag für das gesellschaftliche Zusammenleben. Als LINKE wollen wir diese Vereine und mit ihnen Tausende Ehrenamtliche stärker unterstützen. Ohne sie wäre die Stadt bedeutend lebensärmer. Ihnen gilt unser großer Dank und wir werden uns im Gemeinderat dafür einsetzen, sie besser in ihrer Arbeit zu unterstützen.

DIE LINKE tritt ein

■ für eine Verbesserung der Raumsituation der Vereine durch Öffnung städtischer Räumlichkeiten und ggf. finanzieller Unterstützung.

■ für die Erhöhung der finanziellen Förderung der Vereine. Speziell bei hohen Investitionen von Vereinen in die Infrastruktur oder verschiedene Anschaffungen soll die Stadt bei der Kreditvergabe unterstützen, anteilige Zuschüsse geben und/oder Bürgschaften übernehmen.

■ dass die Stadt Hinzugezogene auf die verschiedenen Vereine in ihrer Umgebung und auf Beteiligungsmöglichkeiten hinweist.

■ für Unterstützung seitens der Stadt beim Ausbau von digitalen Informationsportalen der Vereine.

■ dass Vereine in den Bereichen Kunst, Kultur und Sport subventioniert werden, um auch hier einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Kostspflichtige Einrichtungen, wie z. B. Musikschulen und Sportvereine, müssen in die Lage versetzt werden, einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen Ermäßigungen zu gewähren.

■ für den Ausbau der finanziellen Aufwandsentschädigung von Ehrenamtlichen. Dabei wollen wir darauf achten, dass die Ehrenamtlichen nicht hauptamtliche Mitarbeiter ersetzen.

XVI. Demokratie in Karlsruhe – Partizipation im Alltag stärken.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse grundsätzlich für die Teilnahme aus der Bevölkerung geöffnet werden. Wir wollen, dass die kommunalen Vertretungen und Verwaltungen die bereits vorhandenen Möglichkeiten intensiv und regelmäßig nutzen und erweitern. Linke Kommunalpolitik hat die Bürger*innenkommune als erklärtes Ziel.

DIE LINKE setzt sich ein für

- die Stärkung des Petitionsrechtes auf kommunaler Ebene durch eine Herabsetzung des Quorums von 25 % auf 7 % für Bürger*innenbegehren. Außerdem soll eine Mindestwahlbeteiligung von einem Drittel der Wahlberechtigten erforderlich sein.
- die Schaffung von Bürger*innenhaushalten, in denen die Bürger*innen jeder Kommune über die Verwendung von finanziellen Mitteln entscheiden. Als ersten Schritt wollen wir die Festlegung von zwanzig Prozent der disponiblen städtischen Investitionsmittel für die Haushaltsperiode im jährlichen Haushaltseckwertebeschluss durch die Stadtverordneten, um eine echte Mitbestimmung der Bürger*innen zu ermöglichen.
- den Ausbau der bürgerschaftlichen Mitbestimmung in den kommunalen Betrieben und die Wahl von Bürger*innen in die Aufsichtsräte.
- die Errichtung von Stadtteilräten in allen Stadtteilen Karlsruhes (ähnlich zu Ortschaftsbeiräten). Außerdem wollen wir alle Ortschafts- und zukünftigen Stadtteilräten in ihren Befugnissen durch stärkere Mitspracherechte und eine verbesserte finanzielle Ausstattung bestärken.
- eine gesetzliche Pflicht, dass mittel- und langfristige Planungen unter Beteiligung der Bürger*innen entwickelt, beraten und entschieden werden.
- einen Ausbau der elektronischen Informations- und Beteiligungssysteme, um eine Online-Beteiligung von Bürger*innen an kommunalen Entscheidungen zu ermöglichen.
- eine stärkere Einbindung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Verbänden wie Gewerkschaften, Umweltverbänden, Friedens- und Bürgerinitiativen.
- den Ausbau von Bürgerzentren und Verwaltungsstrukturen in den Stadtteilen. Schließungen von Bürgerzentren und -büros lehnen wir konsequent ab.

- die langfristige Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten statt begrenzter Förderung auf ein oder zwei Jahre.
- die Erstellung eines kommunalen Vergabeberichts, um nachvollziehbar zu machen, welche Firmen bei der Auftragsvergabe durch die Stadtverwaltung aus welchen Gründen den Zuschlag erhalten haben.
- den Aufbau eines internetbasierten Informationsregisters, in dem die Stadtverwaltung städtische Verträge, Gutachten, Statistiken und Verwaltungsvorschriften zeitnah, fortlaufend und frei verfügbar (im Sinne von Open Data) veröffentlicht.
- den Aufbau eines internetbasierten Gemeinderat-Tools, welches die Anwesenheit, das Abstimmungsverhalten und Anträge der einzelnen Fraktionen und Gemeinderäte einfach nachverfolgbar darstellt.

Bürgerrechte statt Überwachungsstaat.

Immer mehr Politiker*innen arbeiten an der Einschränkung von Bürgerrechten, um damit eine vermeintliche Sicherheit zu erreichen. Dass diese nicht dadurch erreicht wird, dass wir unsere Freiheit aufgeben, interessiert sie dabei nicht. Wir als LINKE wollen stattdessen Bürgerrechte ausbauen und Sicherheit dadurch erreichen, dass wir an die Ursache der Kriminalität gehen, nämlich oftmals Armut und soziale Ausgrenzung. Viele, die kriminell werden, werden dies, weil sie in Perspektivlosigkeit aufwachsen. Wir wollen mit unserem Sozialprogramm diese Ursachen verändern und dort Perspektiven schaffen, wo Menschen ihre Hoffnungen verloren haben.

Wir als LINKE stehen für folgende Punkte:

- In Karlsruhe wollen wir ein Präventionsgremium einsetzen, in welchem Polizei, soziale Dienste, staatliche und kommunale Verwaltungen, Jugendverbände, Schulen und vor allem Betroffene produktiv zusammengeführt werden.
- Wir wollen eine massive Aufstockung der Jugendsozialarbeit, um vor allem perspektivlose Jugendliche vor dem Abrutschen in die Kriminalität zu bewahren.
- Öffentliche und persönliche Sicherheit erfordern auch eine lebenswerte Gestaltung öffentlicher Straßen und Plätze, öffentlicher Einrichtungen und von Naturräumen sowie Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung.

■ Wir wollen eine bessere Berücksichtigung kriminalitätssenkender Faktoren in der Stadtgestaltung, insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur und bei Neubauten (offene Straßengestaltung, Straßenbeleuchtung usw.), um Angsträume zu verhindern.

■ Ein vergünstigtes, kommunal finanziertes Frauennachttaxi.

■ Einen Notrufknopf an Karlsruher Bahn- und Bushaltestellen.

■ Die LINKE hält nichts von einem unverhältnismäßigen Sicherheitswahn und spricht sich deswegen gegen eine flächendeckende Überwachung der öffentlichen Räume aus. Das Recht auf Privatsphäre und auf informationelle Selbstbestimmung hat grundsätzlich Vorrang.

■ Wir wollen uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der Drogenkonsum entkriminalisiert wird. Es sind Angebote zur Suchtprävention und zur Suchthilfe zu schaffen. Drogenabhängigkeit stellt nicht in erster Linie ein strafrechtliches, sondern vor allem ein soziales und medizinisches Problem dar.

■ Wir wollen eine unabhängige Melde- und Untersuchungsstelle für rechtswidrige Kontrollen und Übergriffe von Seiten der Polizeibehörden.

■ Zur Reduzierung der Fahrraddiebstähle wollen wir eine Offensive für abschließbare Fahrradgaragen und -boxen.

Einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherheit in der Stadt leisten die freiwilligen Feuerwehren. Sie sind die wichtigsten nichtpolizeilichen Träger der Brand-, Gefahren- und Katastrophenabwehr. Darüber hinaus sind sie auch ein identitätsstiftender Faktor. Aufgrund der demografischen Entwicklung und gesellschaftlicher Veränderungen in der Arbeitswelt in den letzten Jahrzehnten stehen die freiwilligen Feuerwehren vor großen Herausforderungen.

Deshalb muss ein wichtiges Anliegen sein

■ Die kommunale Infrastruktur des Brand- und Katastrophenschutzes zu sichern, personell besser auszustatten und zu bezahlen.

■ Wir wollen die freiwilligen Feuerwehren als Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge in ihrer Organisation unterstützen. Die ehrenamtliche Arbeit in der freiwilligen Feuerwehr ist gesellschaftlich anzuerkennen und durch eine Ausweitung und Erhöhung der Aufwandsentschädigungen zu fördern.

■ Um die flächendeckende Einsatzbereitschaft zu sichern, sind die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit sinnvoll zu nutzen.

Öffentlicher Raum – wem gehört die Stadt?

DIE LINKE fordert das Recht auf eine gemeinsame Gestaltung des öffentlichen Raumes. Allen Karlsruher*innen muss ermöglicht werden, die Stadt als ihr unmittelbares Lebensumfeld aktiv mitzugestalten. Der Einbezug kreativer Elemente bei der Bebauung öffentlicher Flächen soll daher verstärkt berücksichtigt werden. Eine Stadt, in deren Aufbau sich jede*r ohne Hürden einbringen kann, ist eine Stadt, mit der sich die Einwohner*innen identifizieren.

Um eine gemeinsame und solidarische Gestaltung des öffentlichen Raums zu ermöglichen, ist das Vorhandensein grundlegender Infrastruktur unerlässlich. Öffentliche Toiletten, Sitzgelegenheiten ohne Konsumzwang oder WLAN-Hotspots sind nur einige Aspekte, die von der Stadt Karlsruhe vermehrt bereitgestellt werden müssen. DIE LINKE setzt sich daher für einen Ausbau der kommunalen Infrastruktur ein.

DIE LINKE steht ein

■ für mehr öffentliche, kosten- und barrierefreie Toiletten.

■ für mehr Mülleimer mit einer äußeren Halterung für Flaschenpfand.

■ für mehr Sitzbänke im öffentlichen Raum. Es müssen in der Innenstadt mehr Sitzgelegenheiten ohne Konsumzwang von städtischer Seite zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt muss die Instandhaltung dieser öffentlichen Sitzgelegenheiten in ihre Verantwortung nehmen.

■ für mehr Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Raum.

■ für die Einführung einer Quote von öffentlichen, nicht kommerziellen Plätzen.

■ für einen angemessenen Ausbau und Instandhaltung der kommunalen Bürgersteige.

■ für den Aufbau eines kommunalen WLAN-Netzwerks in der gesamten Stadt. (siehe Abschnitt Digitalisierung).

■ für öffentliche und frei zugängliche Graffiti-Flächen, sowie die verstärkte Kooperation mit lokalen Künstler*innen bei der Gestaltung öffentlicher Räume und Flächen.

■ für kommunale Bereitstellung kostenfreier Kulturräume (z. B. Bandproberäume, Künstlerteliers, Co-Working-Spaces) unter Beaufsichtigung geeigneten Personals.

■ für kommunale Förderung der Errichtung von Nachbarschaftsküchen und anderen Treffpunkten sowie Aufenthaltsräumen mit ausreichend Sitzgelegenheiten für ältere Menschen und wartende Eltern.

■ für die Einrichtung von weiteren Urban Gardening Spots (öffentliche Gartenflächen) in städtischen Grünanlagen.

■ gegen den weiteren Ausbau von "feindlicher Architektur" (Absperrungen von Bereichen, die vor Regen schützen oder unbequemen Sitzgelegenheiten, um Obdachlose aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen). Solche bestehenden Hindernisse müssen rückgebaut werden.

■ für den Ausbau von behindertengerechten und barrierefreien Haltestellen und Übergängen

XVII. Legalize it: Für eine rationale Drogenpolitik.

Die deutsche Drogenpolitik ist ebenso überholt wie unwirksam. Sie richtet sich maßgeblich gegen die Konsument*innen und drängt abhängigkeitskranke Menschen durch Stigmatisierung und Kriminalisierung an den Rand der Gesellschaft. Die Kosten der Strafverfolgung von Menschen, die durch ihren Konsum – wenn überhaupt – nur sich selbst schaden, sind enorm. Drogenpolitik muss endlich übergehen in eine ehrliche Auseinandersetzung mit jungen Menschen über Konsumrisiken, eine wirksame Prävention für Suchtgefährdete, die Gesundheitsversorgung abhängigkeitskranker Menschen und Verbraucherschutz für Konsumierende.

Wir als LINKE stehen

■ für ein Modellprojekt zur legalen Cannabisabgabe in der Stadt. Von der Gründung von Anbauvereinen würden auch viele Patient*innen profitieren.

■ ablehnend der Kriminalisierung von Drogen-

sowie die Anschaffung besser an diese Herausforderungen angepasste öffentliche Verkehrsmittel.

■ für soziale Betreuung alkohol- und suchtkrank Menschen. Ihre Verdrängung von öffentlichen Plätzen mit administrativen und repressiven Mitteln ist keine Lösung. Erfolgversprechender sind soziale Betreuung dieser Menschen und die Bereitstellung von Räumen, in denen sie sich sozialverträglich aufhalten können.

konsum gegenüber. Das löst das Problem nicht. Die Verdrängung von Drogenabhängigen aus dem öffentlichen Raum lehnen wir ab.

■ für einen Ausbau der Hilfsangebote für Drogenabhängige.

■ für über die Stadt verteilte, überdachte öffentliche Räume mit Zugang zu sanitären Anlagen, auf denen sich Drogenabhängige ohne Verfolgungsdruck aufhalten können.

■ für die finanzielle Unterstützung der Selbsthilfe unter Einbeziehung der Betroffenen in die Gestaltung der Hilfsangebote.

■ für den Ausbau der Präventionsarbeit an Karlsruher Schulen mit dem Ziel, junge Menschen dazu zu befähigen, Gefährdungen realistischer einzuschätzen.

■ für ein absolutes Werbeverbot auf städtischen Flächen für jede Art von Drogen, Tabak und Alkohol inbegriffen.

XVIII. Tiere sind keine Ware.

Haustiere gehören zu unserem städtischen Lebensumfeld und sind aus diesem nicht wegzu-denken. Da ihre Lebensräume und -weisen stark von unseren Entscheidungen abhängen, benötigen sie unseren besonderen Schutz. Viele Tiere werden leider schon unter schlechten, rein profitorientierten Bedingungen geboren und aufgezogen. Nicht alle Halter*innen gehen verantwortungsvoll mit ihrer Aufgabe um, häufig werden Tiere aus reiner Unwissenheit nicht artgerecht gehalten. Die Folge ist, dass Tiere unter lebensunwürdigen Bedingungen leiden, bis sie sterben oder ausgesetzt bzw. ins Tierheim abgegeben werden. Die überfüllten Tierheime sprechen hierzu eine deutliche Sprache.

Die LINKE tritt ein

■ für finanzielle Unterstützung von Tierheimen und qualifizierte Förderung von ehrenamtlichen Strukturen im Tierschutz.

■ für Zirkusgastspiele nur ohne Dressur oder Auftritte von Wildtieren zu gestatten.

■ für einen altersgerechten Tierschutz-Unterricht in Kindergärten und Schulen, um richtiges Verhalten und den Umgang mit Tieren zu lernen.

■ für ein kommunales Gütesiegel für den verantwortungsvollen Tier- und Tierbedarfshandel für verbindliche artgerecht Tierhaltung und Informationspflicht der Kund*innen.

■ Für Initiativen zur Begegnung von Menschen und Tieren zu unterstützen.

■ für ausgewiesene Hundeklos und Hundespielplätze im Karlsruher Stadtgebiet.

■ für die Förderung der Imkerei auf städtischen Grünflächen und in Schrebergärten.

■ für die Durchsetzung des Fütterungsverbotes von Wasservögeln und Tauben in der Stadt.

■ für die Unterstützung von Projekten und Maßnahmen für geschützte Wildtierarten.

Soziale Kommune. Solidarisches Europa.

**Klima retten
Kohlekraftwerk
Karlsruhe
abschalten.**

Mieten runter!
Klima schützen statt Konzerngewinn.
Nein zu Hass und Hetze.
Kitas gebührenfrei statt Rüstung!
Sozialticket für Bus und Bahn.

DIE LINKE.

fb.com/dielinkekarlsruhe www.die-linke-ka.de

Soziale Kommune. Solidarisches Europa.

**Bus und Bahn
kostenfrei:
Für Schüler*innen, Azubis
und Studierende - jetzt!**

Mieten runter!
Klima schützen statt Konzerngewinn.
Nein zu Hass und Hetze.
Kitas gebührenfrei statt Rüstung!
Sozialticket für Bus und Bahn.

DIE LINKE.

fb.com/dielinkekarlsruhe www.die-linke-ka.de

Soziale Kommune. Solidarisches Europa.

**Kitas
gebührenfrei.
Mehr Geld
für Bildung.
Schulwege kostenfrei.**

Mieten runter!
Klima schützen statt Konzerngewinn.
Nein zu Hass und Hetze.
Kitas gebührenfrei statt Rüstung!
Sozialticket für Bus und Bahn.

DIE LINKE.

fb.com/dielinkebw www.die-linke-bw.de

Soziale Kommune. Solidarisches Europa.

**Menschen
vor Profite.
Pflegenotstand
stoppen.**

Mieten runter!
Klima schützen statt Konzerngewinn.
Nein zu Hass und Hetze.
Kitas gebührenfrei statt Rüstung!
Sozialticket für Bus und Bahn.

DIE LINKE.

fb.com/dielinkebw www.die-linke-bw.de

Soziale Kommune. Solidarisches Europa.

**Bezahlbare
Miete statt
fetter Rendite.**

**Klar barrierefrei,
sozial und kommunal.**



Soziale Kommune. Solidarisches Europa.

**Klimaschutz:
Bus & Bahn
ticketfrei.**

und guter Takt!



Soziale Kommune. Solidarisches Europa.

**Klar gegen
Hass und Hetze.
Für Vielfalt und
Solidarität.**



Soziale Kommune. Solidarisches Europa.

**Frauen*
leisten mehr
für weniger?
Schluß damit!**



**Karlsruhe.
sozial. ökologisch.
solidarisch.**



Anna Jahn Sebastian Becker Karin Binder Lukas Bimmerle Mathilde Göttel Malte Hoheisel

Unser Team für den Gemeinderat.

Soziale Kommune. Solidarisches Europa.
fb.com/dielinkekarlsruhe www.die-linke-ka.de



Mach mit, Karlsruhe sozial und ökologisch zu verändern!

Der **Stadtverband DIE LINKE Karlsruhe** trifft sich alle drei Wochen am Dienstag um 18:30 Uhr im Kreisbüro in der Schützenstraße 46, 76137 Karlsruhe.

Arbeitskreise zu Themen wie Digitalisierung, prekäre Beschäftigung, Stadtpolitik, Antifaschismus, Antirassismus oder Frieden treffen sich ebenfalls im Kreisbüro.

Der Jugendverband **linksjugend** [**solid**] trifft sich jede Woche am Donnerstag um 18 Uhr im Kreisbüro.

Alle diese Treffen sind für Interessierte offen.

Unsere Kandidat*innen zu Kommunalwahl

1. Lukas Bimmerle, Wirtschaftsingenieur
2. Karin Binder, Handelsfachwirtin
3. Mathilde Göttel, Studentin
4. Sebastian Becker, Politikwissenschaftler
5. Anna-Maria Jahn, Auszubildende
6. Malte Hoheisel, Realschullehrer
7. Serena Schmidt, Lebensmitteltechnologin
8. Alexandria (Lukas) Dritschler, Laboringenieur*in
9. Sandra Schlenzog, Arbeitsuchend
10. Johannes Grözinger, Schüler
11. Dr. Andrea Dreusch, Biologin
12. Lars Rinn, Student
13. Sibylle Nies de Alva, Diplom-Sozialpädagogin, Mediatorin
14. Raphael Gruseck, Elektroingenieur
15. Lara Bettin, Freiwilligendienstleistende
16. Rudolf Bürgel, Informatiker
17. Anete Wellhöfer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
18. Roland Zöller, Rentner
19. Anna Ginder, Kauffrau für Büromanagement
20. Ramón Roberto Alcaide, Tourismusreferent
21. Jonas Fehrenbach, Angestellter
22. Nathalie Melüh, Studentin
23. Armin Glaser, Konfliktmanager
24. Viola Bullmann, Auszubildende
25. Daniel Schniz, Diplom-Betriebswirt
26. Sonnhild Thiel, Sozialarbeiterin
27. Elwis Capece, Gewerkschaftssekretär
28. Maria Kraushaar-Jettinger, Lehrerin i. R.
29. Hein Sauer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
30. Özcan Ölmez, Krankenschwester
31. Andre Steiner, Angestellter
32. Linda Egloff, Studentin
33. Dieter Emig, Wissenschaftlicher Angestellter
34. Klaus Krug-Beutner, LKW-Fahrer
35. Katharina Breier, Schauspielerin
36. Jan Mast, Student
37. Jana Kenkel, Studentin
38. Kevin Krämer, Student
39. Christine Maier, GEW- Gewerkschaftssekretärin
40. Matteo Foschi, ver.di Gewerkschaftssekretär
41. Melanie Trippel, Lehrerin
42. Kai Schmidt, IT-Projektleiter
43. Sabine Zürn, Fachfrau für Öffentlichkeitsarbeit
44. Sascha Wöschler, Selbstständiger Kaufmann
45. Stefanie Boldt, Freiberufliche Lehrerin
46. Oliver Deyhle, Student
47. Laura Herteux, PR Volontärin
48. Kurt Rentschler, Lithograf

